

Politische Berichte

Zeitschrift für sozialistische Politik



- ***BRD übernimmt EU-Präsidentschaft: Globale Rolle beansprucht – Seite 4***
- ***Deutsche Rüstungsausgaben 2007-2010: Steigerung mit Ansage – Seite 6***
- ***Sozialticket: Ablehnung „bestenfalls von Unkenntnis, schlimmstenfalls von Zynismus geprägt“ – Seite 12***
- ***Betriebliche Aktionen und dann? Wie weiter nach dem 21. Oktober 2006? – Seite 15***
- ***Machsom Watch, Israel: „Wir würden sehr gerne an Schulen gehen“ – Seite 18***

Ausgabe Nr. 1 am 12. Januar 2007, Preis 1,80 €



Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung „Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften.

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
- ERSCHIEN VIERZEHNTAGLICH

Herausgegeben vom: Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider (verantwortlich), GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43188820, Fax: 040 / 43188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de - **Alfred Küstler**, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 624701, Fax: 0711 / 62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de

Diskussion / Dokumentation: Rüdiger Lötzer (verantwortlich), Postfach 210112, 10501 Berlin, e-mail: gnn-berlin@onlinehome.de

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Alfred Küstler, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,80 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabonnement kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 54,60 €, Sozialabo: 46,80 €. Ausland: + 6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Streit um Zeitarbeit

Handelsblatt, 3.1.; Berliner Zeitung, Osnabrücker Zeitung, 2.1. rüL Der IG-Metall-Bezirksleiter von NRW, Detlef Wetzel, hat die Diskussion um die Vergütung von Zeitarbeit-Beschäftigten angefacht. In einem Interview mit der „Berliner Zeitung“ ging er auf Distanz zu dem 2003 zwischen den Gewerkschaften und den großen Zeitarbeitsfirmen geschlossenen Zeitarbeits-Tarifverträgen. Damals habe man die Zeitarbeit aus dem Ruf einer „Schmuddelbranche“ holen und gleichzeitig Lohndumping vermeiden wollen. „Das hat sich als Fehleinschätzung erwiesen. Trotz Tarif bringt die Leiharbeit Lohnkonkurrenz in die Betriebe.“ Auch stehe der DGB-Tarifvertrag selbst auf wackeligen Füßen, da viele Leihfirmen nur die deutlich schlechteren Schmutztarife der sog. „christlichen“ Gewerkschaften zahlt. Die Leihbeschäftigte selbst hätten, auch wenn sie sich organisierten, „kaum Durchsetzungsmacht“. Die IG Metall versucht deshalb verstärkt, über Betriebsvereinbarungen sicher zu stellen, dass Leiharbeit in Metallbetrieben nicht nach dem DGB-Tarif, sondern nach Metall-Tarif bezahlt werde. Der Bundesvorsitzende des Interessenverbands Zeitarbeit (iGZ) (die iGZ-Firmen zahlen den DGB-Tarif) schlug am gleichen Tag in der „Osnabrücker Zeitung“ vor, den DGB-Tarif für allgemeinverbindlich zu erklären. Damit wären zumindest die Schmutztarife der „christlichen“ Gewerkschaften ausgeschaltet. Eine solche Allgemeinverbindlichkeit könnte aber nur mit Zustimmung der Bundesregierung beschlossen werden, die sich bisher dazu nicht geäußert hat. Sichere Zahlen über das Ausmaß von Leiharbeit liegen nur bis 2005 vor. Danach stieg die Zahl der Leihkräfte von knapp 300.000 in 2003 bis Ende 2005 um fast 50% auf 444.000 an.

rollt“, berichtet das „Handelsblatt“. Sehr viele Großunternehmen hätten mit den Betriebsräten noch neue Altersteilzeitregelungen für diese Altersgruppen vereinbart.

Allein in Niedersachsen wurden nach Angaben der IG Metall in etwa 1.000 Betrieben solche Altersteilzeitvereinbarungen für 52 bis 54 Jahre alte Beschäftigte geschlossen. Bei Firmen wie BASF und Degussa würden jetzt 80 Prozent der entsprechenden Altersjahrgänge vorzeitig ausscheiden, berichtet die IG Chemie. Arbeitgebervertreter sprechen von „mehreren Zehntausend Beschäftigten“, für die solche Regelungen geschlossen wurden, darunter bei Konzernen wie Continental, TUI, Volkswagen. Auch die ver.di-Sprecherin Judith Kerschbaumer berichtete für ihren Bereich dem „Handelsblatt“: „Der Andrang war irre“. Aufgrund der Vertrauensschutzregelung sind diese Beschäftigten nun von der Anhebung des Rentenalters, die die Bundesregierung im Frühjahr 2007 auf den Weg bringen will, ausgenommen.

Energiestrategie für die EU

der standard, 8.1. hav. Die EU-Kommission hat ihre Vorstellungen für die künftige EU-Energiepolitik vorgelegt. Zu den heikelsten Vorschlägen, die in den Papieren enthalten sind, zählt die völlige Trennung zwischen Energie-Erzeugern und Netzbetreibern, mit der der Wettbewerb im Strom- und Gasmarkt gefördert werden soll. In der Industrie regt sich bereits Widerstand gegen weitere gesetzliche Regelungen aus Brüssel. In dem so genannten „Fortschrittsbericht“, mit dem die EU-Kommission die bisherige Liberalisierung der europäischen Energiemarkte bewertet, werden Diskriminierung beim Netzzugang und mangelnde Koordination der Regulatoren als Hauptprobleme identifiziert. Um allen Anbietern einen fairen Zugang zu den Übertragungsnetzen (Hochspannungsleitungen) zu garantieren, will Brüssel die Ex-Monopolisten nun zwingen, ihre Netze tatsächlich zu verkaufen oder zumindest an tatsächlich unabhängige Betreiber abzugeben. Die bisherige Trennung in separate Gesellschaften ist aus Sicht der Kommission zu wenig. In dem Entwurf heißt es: „Die Kommission ist der Ansicht, dass eine eigentumsrechtliche Entflechtung („ownership unbundling“) der beste Zugang ist, weil es die einzige Lösung ist, die jegliche Abschreckung zur Investition ins Netzwerk beseitigt, und deutlich die Notwendigkeit für neue aufdringliche Regulierung und Wettbewerbspolitik reduziert.“ Ein konkreter Gesetzesvorschlag ist das Papier der Kommission noch nicht.

Run auf Frühverrentung

Handelsblatt, 3.1. rüL In den letzten Wochen des Jahres 2006 hat es nach Angaben mehrerer Gewerkschaften und aus Arbeitgeberverbänden einen regelrechten „Run“ auf Frühverrentungen in den Betrieben gegeben. Hintergrund war eine Übergangsregelung der Regierung vor der angekündigten Anhebung des Rentenalters auf 67 Jahre. Nach dieser Vertrauensschutzregelung konnten auch Beschäftigte, die vor dem 1.1.1955 geboren sind, noch ihre bisherige Altersgrenze retten, wenn sie bis zum 31.12.2006 mit ihrem Betrieb eine Altersteilzeit-Regelung vereinbarten. „In den Wochen vor Weihnachten ist daraufhin offenbar eine regelrechte Frühverrentungswelle durch die Betriebe ge-

Politische Berichte

- zum Abonnieren - zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

- o 4 Ausgaben für 10 € (beilegen) zum Kennenlernen
- o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)
- o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)
- o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)
- o Halb- o Jahresabo neue Länder (27,30 / 54,60 €)
- o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

Politische Berichte im Internet: www.gnn-verlage.com

Linkspartei will Generalstreik in EU-Verfassung verankern

ddp, 8.1. hav. Die Vorsitzenden der Linksfraktion im Bundestag, Oskar Lafontaine und Gregor Gysi, haben verbindliche soziale Rechte in der geplanten Europäischen Verfassung gefordert. Die Linke wolle keine Europäische Union mit den zentralen Prinzipien Sozialdumping, Lohndumping und Steuerdumping, sagte Lafontaine am Montag bei der Vorstellung eines Memorandums der Linksfraktion zur EU-Verfassung in Berlin. Daher seien Mindeststandards bei Löhnen, sozialen Leistungen und Steuern nötig. Auch die Idee des Generalstreiks müsse in die Verfassung aufgenommen werden. Die Europäische Linke will sich laut Lafontaine auf einer Verfassungskonferenz im März in Berlin mit dem Thema befassen. Gleichzeitig sprachen sich die Linkspolitiker erneut für eine Volksabstimmung über die EU-Verfassung aus. Einen entsprechenden Antrag wolle die Partei in den Bundestag einbringen. Die Mehrheit aller Völker in Europa müsse Ja sagen, sagte Gysi. Gleichzeitig warnte er Bundeskanzlerin und EU-Ratspräsidentin Angela Merkel (CDU) davor, mit „Tricks“ zu überlegen, wie man bei der Einführung der EU-Verfassung zwei „wichtige Völker“ umgehen könne. Lafontaine fügte hinzu: „Man kann ein demokratisches Europa nicht undemokratisch bauen.“

Rechtsaußenbündnis im Europaparlament entsteht

Der standard, 8.1. alk. Wir berichteten bereits, dass sich die rechtsextremen Abgeordneten nach dem Zuwachs aus den neuen EU-Staaten Bulgarien und Rumänien als „Rechtsdemokraten“ konstituieren wollen (Pol. Berichte 24/2006). Jetzt meldet die Wiener Zeitung „der standard“, dass sich die Gruppierung personell geeinigt hätte. Der rechtsextreme französische Europaabgeordnete und Stellvertreter von Jean-Marie Le Pen als Vorsitzender der Front National, Bruno Gollnisch, soll Chef der geplanten Rechtsaußenfraktion im Europaparlament werden. Gollnisch musste sich im Vorjahr wegen umstrittener Äußerungen zum Holocaust vor einem Gericht in Lyon verantworten. Der österreichische FPÖ-Europaabgeordnete Andreas Mölzer sagte, dass sich die neue Gruppierung mit den erforderlichen 20 von insgesamt 784 EU-Abgeordneten am 15. Januar in Straßburg konstituieren werde. Größte Delegation soll die Front National sein, daher werde auch sie den Vorsitzenden beanspruchen. Außerdem sollen der belgische Vlaams Belang, die ultranationalistische Großrumänien-Partei Romania Mare, die nationalistische Ataka-Partei aus Bulgarien sowie der britische



Bundeswehr jetzt auch im Weltall

Friedensratschlag, 19.12. alk. Am 19. Dezember startete der erste Radarsatellit der Serie SAR-Lupe, mit dem die Bundeswehr nach dem Endausbau auf fünf Satelliten licht- und wetterunabhängig Objekte bis zu einem halben Meter Größe weltweit ausspionieren kann. Dazu ist geplant bis in drei Jahren SAR-Lupe mit den auf optischer und Infrarot-Erkennung arbeitenden französischen Satelliten Helios II zu verkoppeln, womit dann ein europäischer Verbund von Spionagesatelliten geschaffen wäre. Damit macht sich EU militärisch unabhängig von dem Aufklärungsmonopol der USA innerhalb der Nato. Der Friedensratschlag von der Uni Kassel kritisiert: „Damit handeln Bundesregierung und EU eklatant gegen die Forderung der Generalversammlung der Vereinten Nationen, die 1996 in einer Resolution (der damals auch Deutschland zustimmte) ‚alle Staaten, insbesondere die führenden Raumfahrtnationen (nachdrücklich auffordert), aktiv zu dem Ziel der Verhütung eines Wettrüstens im Weltraum beizutragen‘. In diesem Sinn fordert die Friedensbewegung: Das SAR-Lupe-Projekt muss „entmilitarisiert werden“.

Europakritiker Ashley Mote, Duce-Enkelin Alessandra Mussolini und der bisher fraktionslose italienische Abgeordnete Luca Romagnoli dem Bündnis angehören. Das Bündnis will vor allem mehr Geld und Einfluss im Parlament rausschlagen, denn einer Politik des gemeinsamen Europas stehen diese Gruppierungen sowieso ablehnend gegenüber. Mussolini sagte: „Es ist mehr eine technische als eine politische Gruppe“. Die italienische EU-Abgeordnete: „Wir tun uns vor allem aus einer Notwendigkeit heraus zusammen. Nur in einer politischen Gruppierung kann man überleben.“ So habe eine Fraktion Anspruch auf mehr Dienstleistungen des Parlaments, etwa bei Übersetzungen und Assistenten, sagte Mussolini.

Neu eingehiezt: Die Hölle

<http://www.kath-info.de/wandlungsworte.html>: maf. Kurz vor Weihnachten wurde bekannt, dass Papst Benedikt auf eine Neufassung der Übersetzung der Wandlungsworte der Messfeier drängt. Der Priester spricht über Brot und Wein

eine Formel, früher ausschließlich in lateinischer Sprache, nach dem vatikanischen Konzil in den jeweiligen Landessprachen. In deutscher Sprache erinnerte der Priester die Gemeinde bisher daran, dass Christus „für Euch und für alle“ gestorben sei. Nun setzt sich der Papst dafür ein, dass es „für Euch und für viele“ heißen muss. Worum geht es? „Woran liegt es, daß der Opfertod Christi nicht an allen wirksam wird? An Gott liegt es nicht. Er hat von seiner Seite alles getan. Es liegt am einzelnen Menschen, an seiner Entscheidung aus freiem Willen. „Wer nicht glaubt, der wird verdammt werden.“ (Zitat, siehe oben). Eine harmlose Sache ist das nicht. Im Denken der Glaubenden wird die Frage erzeugt: Wer, zum Teufel, ist gemeint? Eine härtere Struktur der Intoleranz kann kaum ausgedacht werden. Sie kann sich auf verschiedene Weise ausleben: In striktem Vorschreiben von Inhalten des Glaubens. In verstärktem Bemühen um Bekehrung derer, die nicht glauben. Am Ende dann zum Kampf gegen die Ungläubigen.

Zusammenstellung: alk

Globale Rolle beansprucht

Für die erste Hälfte 2007 hat die Bundesregierung im Rat, dem wichtigsten Entscheidungsgremium der Europäischen Union, die Präsidentschaft übernommen. Die Zeitspanne ist so kurz, dass mit der Präsidentschaft verbundene Initiativen selten innerhalb dieser sechs Monate (wenn überhaupt) zur Umsetzung gelangen. Dennoch ist für den weiteren Kurs der EU bedeutsam, welche Schwerpunkte die Regierung der BR Deutschland, des größten Mitgliedsstaates in der Mitte Europas, setzt und wie sie sie in Angriff nimmt.¹

Dies um so mehr, als die Krisen und Unwägbarkeiten weltweit zunehmen. Die bedrohlichen Spannungen und militärischen Konflikte zwischen der westlichen und der islamischen Welt weiten sich aus. In Afghanistan verstrickt sich die Nato immer mehr in einen Krieg, den sie militärisch kaum gewinnen kann. Die USA stocken ihre Truppen im Irak weiter auf. Im Nahen Osten ist die Nato im Libanon in Stellung gegangen. Internationale Medien spekulieren über ausgereifte Pläne Israels für einen Angriff auf den Iran. Auch Somalia wird mit der US-gestützten Invasion Äthiopiens in diesem westlich-islamischen Konflikt zum Schlachtfeld. Während die US-Flotte vor der somalischen Küste kreuzt, um islamischen Milizen den Fluchtweg abzuschneiden, bombardiert die US-Luftwaffe in der Nacht zum 9.1. drei somalische Dörfer, angeblich Al-Quaida-Stützpunkte. Der von mörderischen Konflikten zerrissene (islamische) Sudan muss ebenfalls fürchten, zum Angriffsziel westlicher Armeen zu werden.

Belebung des strategischen Bündnisses mit den USA

All diese Kriegsfronten waren Thema, als Merkel bei ihrer ersten Auslandsreise als Ratspräsidentin mit Bush zusammentraf.² Ihr in der Anlage weit reichender Vorstoß zum Ausbau des strategischen Bündnisses mit den USA erfolgt jedoch nicht auf militärischem, sondern auf wirtschaftspolitischem, also zivilem Feld.

Merkel hat die „Stärkung der transatlantischen Beziehungen“ zu einem der Schwerpunkte der Ratspräsidentschaft erklärt und in diesem Zusammenhang insbesondere die Integration des „Atlantischen Wirtschaftsraums“, der sie nach eigenen Worten „strategische Bedeutung“ zusisst. Of-

fensichtlich wurde während ihres US-Besuchs vereinbart, dieses Thema neben dem (zu einem weiteren Schwerpunkt erklärt) Klimawandel auf die Tagesordnung des EU/US-Gipfels zu setzen, der im April in Washington stattfindet. Nach den Vorstellungen Merkels sollen erste Schritte zu einem Abkommen getan werden, mit dem das bisher unterschiedliche Patentrecht vereinheitlicht und gemeinsame Standards bei neuen Technologien wie Optik, Informations-technik, alternativen Treibstoffen und Biotechnologien erarbeitet werden. Ein solches Abkommen würde, so äußerte sich sogleich auch die US-Handelskammer³, beiden Seiten erhebliche Kosten-vorteile bringen, allein mit der Einführung gemeinsamer Standards könnten mehrere Milliarden Euro eingespart werden. Langfristig scheint sich das deutsche Bemühen vor allem auf die Harmonisierung von Regelungen auf den Finanzmärkten zu richten, d.h. auf die gegenseitige Anerkennung von Bilanzierungsstandards und die Stärkung der Finanzmarktaufsicht, insbesondere in Bezug auf Hedge-Fonds.⁴

Bestrebungen, die am meisten verflochtenen Wirtschaftsregionen der Welt, Nordamerika und die EU, durch währungs- und wirtschaftspolitische Koordinierung stärker zu integrieren, gibt es seit langem. Sie wurden durch wirtschaftspolitische Konflikte immer wieder zurückgeworfen, vor allem durch solche Konflikte, in denen die konkurrierenden Handelsinteressen mit strategischen Interessen verbunden sind (bei Sanktionen, im Bereich von Rüstung und Rüstungshandel, bei Subventionen für Flugzeugbau, in der Raumfahrt ...). Eine ausführliche Studie der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), die die Bundesregierung regelmäßig berät, resümierte im September 2006, dass solche Konflikte „über das normale wirtschaftliche Konkurrenzverhalten hinaus ... unterschiedliche strategische Rivalität (schüren) ... die die transatlantischen Beziehungen nicht erst seit der Irakkrisen belastet.“ Sie riet zu einer „ambitionierten Zielsetzung für die atlantische Wirtschaftsdiplomatie“, und zwar weil „beide Seiten sich jene Rivalität angesichts der Veränderung der globalen politischen und wirtschaftlichen Kräfteverhältnisse nicht mehr leisten können“.⁵

Die Initiative der deutschen Ratspräsidentschaft bringt die Absicht zum Ausdruck, gleichzeitig die „strategische Partnerschaft“ der EU mit den USA wieder zu stärken und darin und dadurch das wachsende Gewicht der EU geltend zu machen. Merkels Ankündigung auf der gemeinsamen Pressekonferenz mit Bush, dass die Zusammenarbeit zwischen der EU und den USA „essentiell“ sei, „um die Lösung der wichtigen und vielen weltweiten Probleme voran zu bringen“⁶, hat durchaus einen

neuen Klang. Mit der auf der Linken oft vermuteten vermeintlichen Alternative „Rivalität oder Gefolgschaft“ im Verhältnis USA – EU ist die Merkelsche Initiative nicht zu fassen.

Im Mittelpunkt der „Vertiefung des Dialogs und der Zusammenarbeit mit den USA“ steht, wie es im Präsidentschaftsprogramm heißt und wie Merkel bei ihrem Besuch in den USA verabredete, zuerst und vor allem der Nahe Osten, die „Stärkung des Libanon“ und die Wiederbelebung des „Nahost-Quartetts“ (USA, Russland, UN, EU) mit dem Ziel der Zwei-Staaten-Lösung im israelisch-palästinensischen Konflikt.

Plan für die Belebung des Verfassungsprozesses

Nach einer Phase der EU-Ausweitung legt die deutsche Ratspräsidentschaft den Schwerpunkt nun auf die Vertiefung der Integration. In Bezug auf weitere Beitritte enthält ihr Programm eine äußerst vage Formulierung über die Türkei, im Unterschied dazu aber eine ausdrückliche „Beitrittsperspektive“ für den westlichen Balkan, in „besonderem Maße für Serbien“, insbesondere nach „Lösung“ der Kosovo-Frage.

Den Schwerpunkt legt die Bundesregierung auf die Wiederaufnahme des Verfassungsprozesses. Sie will einen Zeitplan für einen EU-Verfassungsvertrag vorlegen.

Der ist bekanntlich nach den Referenden in Frankreich und den Niederlanden, in denen er aus sehr widersprüchlichen Motiven abgelehnt wurde, auf Eis gelegt. Während die französische Regierung ebenso wie die niederländische die Wiederauflage des abgelehnten Vertragswerks in der Öffentlichkeit ablehnt, sprachen die Regierungen von Spanien und Luxemburg – in beiden Ländern wurde der Vertrag in Volksabstimmungen angenommen – im Dezember für den 27. Januar eine Einladung für ein „erstes informelles Treffen“ von Vertretern der immerhin 18 Mitgliedstaaten aus, die den Vertrag bereits ratifiziert haben. (Noch nicht entschieden haben: Großbritannien, Polen, Tschechien, die den Vertrag potenziell eher ablehnen, sowie Irland, Portugal, Dänemark, Schweden, die eher zustimmen dürften, sowie die Neumitglieder Rumänien und Bulgarien.)

Im ersten Schritt hat die Bundesregierung die EU-Regierungen gebeten, Sonderbeauftragte zu ernennen, die in den nächsten Wochen zu Beratungen nach Berlin eingeladen werden. Für den 25. März, den 50. Jahrestag der Römischen Verträge, also des Gründungsdocuments, wird voraussichtlich eine Erklärung vorbereitet, die eine Art Grundkonsens der Mitgliedstaaten festhalten soll. In einem weiteren Schritt sollen dann, so der Plan, die Punkte des Verfassungsvertrages festgehalten werden, über die Konsens besteht, und festge-

stellt werden, in welchem Zeitraum die Teile geändert werden sollten, die umstritten sind. Bevor der EU-Rat im 21./22. Juni 2007 in Brüssel zusammentritt und womöglich über einen Zeitplan beschließt, finden – am 10./17. Juni – in Frankreich Präsidentschaftswahlen statt. Geht alles so vonstatten, wie hier kurz dargestellt, gibt es zum Zeitpunkt dieser Wahlen keinen „gültigen“ vollständigen Verfassungsentwurf. Damit könnten die Wahlen nicht als Quasi-Referendum für oder gegen einen solchen Entwurf durchgeführt und auch nicht entsprechend interpretiert werden, so das mögliche Kalkül der deutschen Ratspräsidentschaft. Das würde die jetzt gebundene französische Regierung entbinden und das weitere Verfahren wahrscheinlich erheblich erleichtern. Im Gespräch ist eine Regierungskonferenz zum Verfassungsvertrag in der zweiten Jahreshälfte unter dann portugiesischer Präsidentschaft. In der Debatte um den weiteren Gang ist zu hören, dass sich das Zeitfenster für die Verabschiedung einer EU-Verfassung in der zweiten Jahreshälfte 2008 schließt; 2009 finden die nächsten Europawahlen statt.

Christiane Schneider

1 Das Präsidentschaftsprogramm der Bundesregierung „Europa gelingt gemeinsam“ findet sich unter www.eu2007.de

2 Mitschnitt der Pressekonferenz von Bush und Merkel am 4.1., www.bundesregierung.de

3 Tagesspiegel, 4.1.07.

4 Siehe das Interview mit Angela Merkel in der ftd, 2.1.07.

5 Jens von Scherpenberg, Die Integration des Atlantischen Wirtschaftsraums, SWP-Studie vom September 2006.

6 Siehe Fußnote 2.

und Bürochef Höhenberger versucht hatte, vom Fürther Wirtschaftsreferenten Horst Müller Informationen aus der Privatsphäre der Fürther Landrätin Pauli zu erhalten. Gefragt wurde nach unkontrolliertem Verhalten im Umgang mit Alkohol und Männern.

Oberbürgermeister und Landräte werden in Bayern direkt gewählt. So sind sie Repräsentanten der Wählerschaft, aber auch Teil der Beamtenhierarchie. Frau Pauli ist als Landrätin Chefin der Verwaltung des Fürther Landkreises. Sie gibt Anweisungen an den Verwaltungsstab des Landkreises, hat aber auch Anweisungen von oben auszuführen.

Bei dem genannten Eingriff geht es deswegen auch um eine Methode der Personalführung. Von Bedeutung ist nicht nur, dass man von vorgesetzter Seite versucht hat, Material zu sammeln, das sich zur – ein anderer Ausdruck lässt sich nicht finden – Erpressung von Frau Pauli eignen könnte. Indem Höhenberger einen Beamten aus der unmittelbaren Umgebung Paulis anbaggerte, setzte er auch ein Signal, dieser Beamtin die Loyalität zu entziehen.

Stoiber sagt dazu: „Das war die Aktion eines einzelnen Mitarbeiters, der auch öffentlich klipp und klar erklärt hat, dass er mich davon nicht informiert hat. Ich hätte das nie zugelassen.“ (BR-Online). Er ist sich der Tragweite des Vorfalls also durchaus bewusst. Die Erklärung des CSU-Präsidiums deutet an, dass man den Vorgang mit der Entlassung Höhenbergers für abgegolten ansieht. Auch die Presse macht an diesem Punkt nicht mehr weiter. Das ist schade für die Demokratie in Bayern.

Ein Ministerpräsident sollte für Handlungen seines Büros die Verantwortung übernehmen. Denn was immer sein Stab tut, es wird als Signal aus der Chefetage wirken. Wird das „... hätte das nie zugelassen“ zum erlaubten Argument, entsteht an der Spitze der Landesverwaltung eine Situation, in der die loyale Umgebung des Chefs überlegt, was sie ihm besser vorenthält, um ihn zu schützen. Eine untragbare Situation.

Zu kompliziert: Paulis Lösung des Stoiberproblems

Frau Pauli hat Stoiber durch Darstellung seiner Führungsmethoden zum öffentlichen Problem gemacht. Nach der Enthüllung der eher illegalen Materialsuche Höhenbergers hat sie nun das Thema der Anerkennung von Beamtinnen und Politikerinnen durch ihre männlichen Kollegen aufgeworfen. Stoiber habe Schwierigkeiten, mit Frauen auf gleicher Augenhöhe zu verhandeln. Sie stellt nun nicht mehr Äußerungen oder Taten des Ministerpräsidenten und Parteivorsitzenden zur Debatte, sondern Vermutungen über sein Seelenleben. Damit bewegt sich Frau Pauli auf dünnes Eis. Sie provoziert, um

Äußerungen zu erhalten, die ihre Vermutung dann beweisen würden. Stoiber ist allerdings in der komfortablen Lage, auf die Programmdiskussion der CSU zu verweisen, in der – erstmals in dieser Partei offen und breit – über die Begründung unterschiedlicher Lebensweisen gehandelt wird. Der Ministerpräsident kann seine Position in Sachen Geschlechtergerechtigkeit politisch ausbreiten.

Übrig bleibt der persönliche Stil, der so oder so interpretiert werden kann (z.B.: „Äußerst korrekt“ oder „Durch und durch spießig“) und der den einen gefällt und den anderen nicht.

Frau Pauli versucht nun, das Erscheinungsbildung Stoibers mit der sozialen Erfahrung der Zurücksetzung der Frau in der Karriere zu verknüpfen und gleichzeitig ein Verfahren zu installieren, in dem solche Eindrücke sich sehr stark auswirken können, nämlich bei der Kandidatenkür durch Vorwahlakte. Dafür brauchte sie eine Parteitagsmehrheit.

Wenn nicht negative Neuigkeiten aus dem amtlichen Walten des Ministerpräsidenten auftauchen, die einen Zerfall der ganzen Parteiführung auslösen, wird sich eine solche Mehrheit nicht bilden. Da kaum jemand zweifelt, dass a) in der Programmdiskussion der CSU ein unumkehrbarer Modernisierungsprozess angelaufen ist und b) die Fraktion den alternden Ministerpräsidenten im Lauf der nächsten Legislaturperiode sowieso austauschen wird, mag in den Augen vieler Funktionäre die von Frau Pauli vorgeschlagene Lösung komplizierter sein als das Problem.

Gefühlte Benachteiligung

Die Opposition gegen Stoiber ist in Franken besonders kräftig. Die Herausbildung metropolitaner Räume um die Ballungszentren München und Nürnberg wirft verschiedenste Strukturprobleme auf, zu deren Lösung die Landespolitik viel tun kann und muss.

Im Großraum München lässt sich eine tragfähige Konstellation erkennen. Die Ballung von Ausbildung und Forschung, neuen Dienstleistern, von neuen Technologien und modernstem Automobilbau, der internationale Flughafen und die Lage am Schnittpunkt wichtiger Nord-Süd- und West-Ost-Verbindungen erzeugen Zukunftshoffnungen und bessern die Arbeitsmarktsituation auch tatsächlich.

Die Rolle des Großraums Nürnberg hingegen ist viel schwieriger zu bestimmen. Die Verschiebung weg vom verarbeitenden Gewerbe hin zu Forschung, Entwicklung, Dienstleistungen hat hier Jahrzehntelang mehr weggenommen als hinzugefügt. Der Ausbau vor allem der verkehrlichen Infrastruktur hinkte nach. Die öffentliche Meinung in dieser Region geht von einer herben Benachteiligung der fränkischen Regierungs-

Stoiber schart seine Männer um sich

CSU-Parteileben: Unruhe in der Tiefkühltruhe

Die Abwicklung des amtierenden Ministerpräsidenten wird noch eine Weile währen. In den Umfragewerten steht Stoiber allerdings schlecht da. Aber das Präsidium der CSU hat letzten Montag beschlossen, Edmund Stoiber der Wählerschaft in Bayern als Spitzenkandidat für das Amt des Ministerpräsidenten zu servieren. Er soll auch Parteivorsitzender bleiben. Auch die Bundestagsabgeordneten der CSU stützen ihn. Dennoch sind die Mitglieder der CSU unruhig geworden. Der Stoff, der die Kritik lodern ließ, glimmt weiter.

Eine untragbare Methode der Personalführung

Die Vertrauensbekundungen der Parteispitzen waren nötig geworden, weil Stoibers Jahrzehntelanger Weggefährte

bezirke aus. Es spricht aber manches dafür, dass der fränkische Ballungsraum bereits aufholt und bei guten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen weiter aufholen kann. Jedenfalls kann eine so scharfsinnige und praxisnahe Politikerin wie die (zum dritten Mal gewählte) erfahrene Landrätin Pauli Fakten für ein Versagen der Staatsregierung in dieser so wichtigen Frage nicht benennen. Die in Franken stark gefühlte Zurücksetzung lässt sich schwer in politische relevante Argumente ummünzen.

Die CSU im Bundestag bleibt loyal

Die CSU ist eine Regionalpartei, die Koalitionsentscheidungen treffen und die Bundesregierung erheblich unter Druck setzen kann. Die CSU geht davon aus, dass eine Politik, die für den Bund gut ist, auch für Bayern gut ist und umgekehrt. Harte Auseinandersetzungen



zwischen Koalition und CSU sind unter dieser Voraussetzung sinnvoll. Die CSU wird im gegenwärtigen Koalitionsausschuss durch den Ministerpräsidenten und Parteivorsitzenden Stoiber vertreten. Diese Konstellation schafft der bayerischen Landespolitik optimale Spielräume und hebt gleichzeitig die Bedeutung der CSU-Bundestagsfraktion. Die Bundestagsfraktion steht zu Stoiber. Ein Parteivorsitzender aus ihrer Mitte würde ihre Bedeutung mindern.

Warum kann der Wechsel noch dauern?

Wenn schon klar ist, dass Stoiber bald gehen muss, warum nicht jetzt? Das Kabinett Stoiber hat den bayerischen Haushalt hart zurückgenommen. Das wird dem Ministerpräsidenten zugeschrieben. Deswegen ist sein Ansehen weit unter das der Partei gesunken. Das wird sich bei den Wahlen zweifellos negativ auswirken, wenn auch nicht allzu sehr. Angenommen, die CSU-Landtagsfraktion ist der Meinung, dass noch allerhand sozial asymmetrische Bereinigungen anstehen, so hat es seine Logik, diese Auseinandersetzung einem alternden Ministerpräsidenten aufzuhängen, der auf dem Wege zum Besten der Staatskasse verschlossen würde.

Martin Fochler

Deutsche Rüstungsausgaben 2007-2010

Steigerung mit Ansage

von Lühr Henken

Eine „Armee im Einsatz“ ist das allseits verkündete Selbstverständnis derer, die die martialische Aufrüstung der Bundeswehr für den weltweiten Interventionismus betreiben. Für diesen Zweck sind seit Beginn der 90er Jahre kostspielige Rüstungsaufträge erteilt worden, die zunehmend zu Buche schlagen. Vor allem handelt es sich dabei um High-Tech-Ausrüstungen für die 35.000 Bundeswehrsoldaten der so genannten Eingreifkräfte, die für die Schnellen Eingreiftruppen der NATO und EU vorgesehen sind. Das neue Weißbuch der Bundeswehr, das vom Bundeskabinett am 25. Oktober 2006 verabschiedet wurde, sieht darüber hinaus den Aufbau der neuen Kategorien „Stabilisierungskräfte“ und „Unterstützungskräfte“ vor. Die 70.000 Mann umfassenden „Stabilisierungskräfte“ sollen für längerfristige Einsätze wie in Afghanistan (ISAF), im Kosovo (KFOR) usw. zur Verfügung stehen, wobei 14.000 gleichzeitig an fünf Orten einsetzbar sein sollen. Zur Zeit (Ende 2006) sind es etwa 7500 woraus ersichtlich wird, dass auf eine Ausweitung der Einsätze abgezielt wird.

Tabelle 1: Verteidigungshaushalt (EP 14) 2005 bis 2010

	2005	2006	2007	2008	2009	2010
EP 14 in Mrd. Euro	23,9	27,87	28,39	28,7	29,1	29,5
Veränderung gegenüber Vorjahr		– 0,1 % ³	+ 1,9 %	+ 1,1 %	+ 1,4 %	+ 1,4 %

Tabelle 2: Bundeshaushalt 2006 bis 2010⁵

	2005	2006	2007	2008	2009	2010
in Mrd. Euro	259,8	261,6	261,1	266,7	267,1	268,9
Veränderung gegenüber Vorjahr		+ 0,7 %	– 0,2 %	+ 2,1 %	+ 0,2 %	+ 0,7 %

Kanzlerin Merkel hat sich erstmals im September 2006 öffentlich für einen signifikanten Anstieg der Rüstungsausgaben ausgesprochen. Vor dem Bundeswehrverband erklärte sie, „auf Dauer sei der bisherige Anteil der Verteidigungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt für die neuen Aufgaben der Bundeswehr zu gering. Ein Anteil von nur 1,4 Prozent auf mittlere und lange Sicht wird nicht ausreichen, um die politische Dimension der Verantwortung Deutschlands mit den militärischen Notwendigkeiten zusammenzubringen.“¹

Dabei denkt die Kanzlerin nicht nur an die nächsten vier, fünf Jahre, sondern weit darüber hinaus. Aber schon die Mittelfristige Finanzplanung der Bundesregierung für den Einzelplan 14 (Verteidigungshaushalt) bis 2010² sieht Steigerungen vor:

Im Zeitraum 2006 bis 2010 soll demnach der Verteidigungshaushalt insgesamt um 5,8 % steigen. Das Verteidigungsministerium verfügt darüber hinaus allerdings noch über eine zweite Einnahmequelle: „Ergänzt wird die finanzielle Ausstattung der Bundeswehr dadurch, dass der Verteidigungshaushalt durch Erlöse aus der Veräußerung von nicht mehr benötigtem beweglichen und unbeweglichen Vermögen bis zu einer Höhe von rd. 520 Mio. Euro verstärkt werden kann.“⁴ Dafür sind im Bundeshaushalt für 2006 150 Mio. und für 2007 56 Mio. Euro eingesetzt.

Der gesamte Bundeshaushalt soll im selben Zeitraum lediglich um 2,8 % steigen. Somit würde der Anteil des Verteidigungshaushalts am Gesamthaushalt von 10,65 % auf 10,97 % steigen (Tab. 2)

Der im Einzelplan 14 ausgewiesene Betrag ist allerdings nicht alles, was im Bundeshaushalt für Rüstungsausgaben vorgesehen ist. So rechnet die Bundesregierung nach NATO-Definitionen⁶, in die auch Posten einfließen, die nicht über den EP 14 abgerechnet werden, folgende Militärausgaben offiziell ab: 2005: 30,6 Mrd. Euro, für 2006 werden vorläufig 30,22 Mrd. Euro angeben. Jedoch sind auch damit noch nicht alle militärbedingten Ausgaben des Bundeshaushalts abgedeckt. Zumindest kommen noch Kosten für den Zivildienst, die nicht entstünden, wenn es keine Wehrpflicht gebe, ebenso hinzu, wie auch die

militärbedingten Anteile an den Zinszahlungen der Bundesschuld. Auch in Forschungsaufträgen anderer Haushalte, insbesondere für die Luft- und Raumfahrt, dürften Militäranteile versteckt sein, die sich dem Bürger aber verschließen.

Nach 2010 soll der Einzelplan 14 nicht eingefroren werden, sondern die Planung des Generalinspekteurs Schneiderhahn geht davon aus, dass danach der Haushalt um jährlich 300 Mio. Euro steigt.⁷ Allerdings macht General Schneiderhan deutlich, dass diese Steigerungen nicht ausreichen werden, um

die Kostenflut zu bewältigen. Im Zeitraum 2007 bis 2014 würde sich – laut Schneiderhan – eine Lücke von 8,4 Mrd. Euro summieren, selbst wenn der Plafond für militärische Beschaffungen bei durchgängig 6,27 Mrd. Euro liegen würde.⁸ Er liegt aber noch bedeutend darunter. Im Vergleich zu den Zahlen in Tabelle 3 fehlen weitere 6,7 Mrd. Euro. Somit summiert sich rechnerisch die Unterdeckung auf 15 Milliarden Euro bis 2014. Im Einzelnen plant der Generalinspekteur für Militärische Beschaffungen folgende Ansätze:

Von allen Posten im Einzelplan 14 steigen die Ausgaben für Militärische Beschaffungen am stärksten. Der Anstieg von 4,27 auf 6,06 Mrd. Euro binnen fünf Jahren beträgt 41,9 %, somit durchschnittlich über 8 Prozent im Jahr. Der Bundeshaushalt 2007 weicht bezüglich der Militärischen Beschaffungen 2007 geringfügig vom Bundeswehrplan des Generalinspekteurs ab (s. Tabelle 4).

Bei der Bewertung der Tabelle fällt vor allem der jeweils hohe Anteil für fliegendes Gerät auf. Er liegt jeweils über 50 Prozent. Die Kosten für die Airbusse A 400 M treten erst ab 2011 auf den Plan. Allerdings gibt es keinerlei aktuelle Veröffentlichungen über die jährliche Kostenaufteilung über das Jahr 2007 hinaus. Was jedoch auch von Interesse ist, sind die Gesamtkosten (also die Summe für Beschaffung + Forschung, Entwicklung und Erprobung, FEE) der wesentlichen Waffensysteme und Ausrüstungen. Sie lassen sich aus dem Bundeswehrplan 2007 zusammen mit dem Einführungsjahr und den geplanten Anzahlen zu bestimmten Zeiten entnehmen. (Tab. 5)

Eine Gegenüberstellung der projektierten Gesamtkosten (Beschaffungskosten + FEE) des Bundeswehrplans 2007 mit dem Bundeswehrplan 1997 macht deutlich, wie sehr sich die Stückpreise in den vergangenen zehn Jahren nach oben entwickelt haben. (Tab. 6)

Aus dem Jahr 2000 ist eine offizielle Aussage über Preissteigerungen bei Waffensystemen und Ausrüstungen überliefert. Der damalige Generalinspekteur Kirchbach ging von Preissteigerungen von 2 bis 6 Prozent jährlich aus.¹⁶ Das würde nach 10 Jahren zu Stückpreisen zwischen dem 1,22 und 1,79fachen führen. Ein Blick auf die rechte Spalte der obigen Tabelle zeigt, dass diese Aussage im Wesentlichen zutrifft, wenngleich ein Exemplar des Military-Airbus wesentlich teurer wird und überdeutlich aus dem Rahmen fällt

und die Einzelpreissteigerungen der zwei anderen Großprojekte Eurofighter und Kampfhubschrauber Tiger sehr stark zu Buche schlagen. Beim Tiger ist man dem so begegnet, dass von der hohen Stückzahl (212) abgegangen (80) wurde; beim Eurofighter steht der Bundestagsbeschluss über die dritte Tranche über 75 Maschinen noch an. Den Beschluss über die zweite Tranche verband der Haushaltshausschuss 2004 mit der

Auflage, wonach „in den Verträgen Regelungen zu vermeiden (seien), die eine Vorentscheidung zur Tranche 3 bedeuten könnten.“¹⁷ Es besteht also durchaus die Chance, wenigstens die dritte Tranche zu verhindern. Die Verhandlungen über die Vertragsunterzeichnung dürften im Jahr 2008 anstehen.

Tabelle 4: Militärische Beschaffungen des Bundeshaushalts 2007¹⁰ (Beträge in Mio. Euro)

	Soll 2007	Soll 2006	Ist 2005
Auslandseinsätze	143	131	151
Sanitätswesen	60	59	47
Verpflegung	5	2	1
Bekleidung	34	15	3
Fernmeldewesen	361	245	185
Feldzeugwesen, darunter	1051	893	777
– Fahrzeuge	145	90	65
– Kampffahrzeuge	226	200	144
– Munition	410	360	353
– Feldzeugmaterial	270	243	215
Quartiermeisterwesen	43	41	43
Schiffe + Marinegerät	355	470	600
Flugzeuge, Flugkörper	2203	2120	2038
Darunter			
– Waffensystem für Tiger	400	380	250
– NH-90	442	300	315
– EF 2000	911	977	1090
– A 400 M	25	13	18
– Sonstiges	425	450	365
Summe	4256	3976	3845

Ein weiterer notwendiger Untersuchungsgegenstand sind die zusätzlichen Ausgaben, die durch die Beteiligung deutscher Soldaten an Auslandseinsätzen entstehen (Tab. 7).

Tabelle 5: Planung von Waffensystemen und Ausrüstungen (Auswahl)

Projekt	Einführung seit/ab	Anzahl 2007	Anzahl 2011	Anzahl insgesamt	Beschaffung + FEE, BwPl07 in Mio. EUR
Satellitenkommunikation Satcom Bw	2006				716
Alliance Ground Surveillance (AGS)	2012				500
Operative signalerfassende Aufklärung (UAV HALE SIGINT)	2010				650
UAV MALE	2009				250
SAR Lupe	2007	1 Sys/2Sat	1 Sys/5Sat	1 Sys/5Sat	733
Transporthubschrauber NH90 (1. Los) ¹¹	2006	36	112	134	3790
Transporthubschr. MH 90	2009	0	5	30	1503
Führungsinformations-system Heer	2006				1159
Kleinfluggerät Zielortung KZO	2005	6	6	6	286
Gepanzertes Transport KfZ GTK Boxer	2008	0	152	272 ¹²	1438
Kampfhubschrauber Tiger	2005	30	80	80	4419
Tiger-Bewaffnung PARS 3 LR	2008			680 ¹³	817
Schützenpanzer Puma	2009	5	49	410	3846
Eurofighter 2000	2003	42	103	180	21139
Bewaffnung EF2000 Meteor	2012				765
Bewaffnung EF2000 Iris T	2005				633
Bewaffnung EF2000 Marschflugkörper Taurus	2005		600	600	610
Takt. Luftverteidigungs-system MEADS	2012				3942
Airbus A 400	2010	0	10	60	8607
Fregatten F 125	2012	0	0	4	2160
Korvetten K 130	2007	2	5	5	1211
U-212 (2. Los)	2012	0	0	2	824
Einsatzgruppenversorger GV (2. Los)	2015			1	198

Tabelle 7: Zusatzkosten durch Auslandseinsätze mit Beteiligung deutscher Soldaten (Bundesaushalt 2007¹⁸)

Bezeichnung	Beträge in 1000 Euro
EUFOR Bosnien-Herzegovina	73965
KFOR Kosovo	168855
Enduring Freedom	83470
ISAF Afghanistan	314336
Sonstiges	1503
	642129

Allerdings wird der Gesamtbetrag 2007 aller Voraussicht nach wesentlich höher liegen als die bewilligte Gesamtsumme von 642 Mio. Euro. Das ergibt sich aus folgender Übersicht (siehe Tabelle 8),

Fazit: Die Ansage der Kanzlerin, den deutschen Rüstungshaushalt mittel- und langfristig erhöhen zu wollen, um die Aufrüstung der Bundeswehr zum weltweiten Militärinterventionismus finanzieren zu können, war letztlich ein Impuls, neue Unterschriftensammlungen zu initiieren. „Spart endlich an der Rüstung“ des Bundesausschuss Friedensratschlag und „Stoppt die Auslandseinsätze der Bundeswehr! Keine deutsche Kriegsunterstützung!“ der Informationsstelle Militarisierung sind konkrete Angebote, um den Vorhaben der Regierung entgegenzuwirken.

Imi-Analyse; Lühr Henken ist im Beirat der Informationsstelle Militarisierung.

- 1 Die Welt, 20.9.2006, Merkel: Mehr Geld für die Bundeswehr.
- 2 Website des Bundesfinanzministerium, Bundeshaushalt 2007, Punkt 8. Verteidigung www.bundesfinanzministerium.de/cln_04/nn_4514/DE/Finanz_und_Wirtschaftspolitik/Bundesaushalt/Bundesaushalt_2007/node.html_nnn=true
- 3 Der prozentuale Abfall erklärt sich daraus, dass erstmalis im Jahr 2006 die Ausgaben für die Versorgung von ehemaligen Beamten und Soldaten, die bis 2005 aus dem Einzelplan 33 bedient wurden, in den Einzelplan 14 überführt wurden. Das sind 3,99 Milliarden Euro, die 2006 herausgerechnet wurden, um 2005 und 2006 vergleichbar zu machen.
- 4 Siehe Fußnote 2
- 5 Der Finanzplan des Bundes 2006 bis 2010, bereinigte Ausgaben www.bundesfinanzministerium.de/lang_de/DE/Aktuelles/Pressemitteilungen/2006/07/20060507_PM0085_1Anlage1,templateId=raw,property=publicationFile.pdf
- 6 NATO-Russia Compendium of Financial and Economic Data relating to Defence, 18. Dezember 2006, 10 Seiten, Tabelle 1, Seite 5, www.nato.int/docu/pr/2006/p06159.pdf
- 7 Generalinspekteur Schneiderhan, Bundeswehrplan 2007, erlassen am 31. März 2006, 62 Seiten, S. 4, www.geopowers.com/Machte/Deutschland/doc_ger/doc_ger.html#BwPlan2007Dok, im weiteren Bundeswehrplan 2007
- 8 Bundeswehrplan 2007, S.21f.
- 9 Bundeswehrplan 2007, S.46
- 10 Deutscher Bundestag, Haushaltsgesetz 2007, Entwurf vom 11.8.2006, Drucksache 16/2300, <http://dip.bundestag.de/btd/16/023/1602300.pdf>, 2928 Seiten, Einzelplan 14, S. 2113 bis 2302, im weiteren: Bundeshaushalt 2007
- 11 Das 1. Los über 134 NH-90 ist unter Vertrag. Insgesamt besteht die Absicht 219 NH-90 zu

Tabelle 6: Stückpreise von Waffensystemen¹⁴ und Ausriistungen – Vergleich BwPl 1997¹⁵ / BwPl 2007 (Auswahl / jeweilige Anzahl in Klammern)

Projekt	Beschaffung + FEE BwPl 1997 in Mio. Euro	Beschaffung + FEE BwPl 2007 in Mio. Euro	Stückpreis BwPl 1997 in Mio. Euro	Stückpreis BwPl 2007 in Mio. Euro	Vielfaches d. Stückpreises aus BwPl 1997
Alliance Ground Surveillance (AGS)	328	500	328	500	1,52
Operative signalerfassende Aufklärung (UAV HALE SIGINT)	177	650	177	650	3,67
Transporthubschrauber NH/MH 90	6143 (für 243)	5293 (für 164)	25,28	32,27	1,28
Kampfhubschrauber Tiger	6917 (für 212)	4419 (für 80)	32,63	55,24	1,69
Eurofighter 2000	14120 (für 180)	21139 (für 180)	78,44	117,44	1,50
Takt. Luftverteidigungssystem MEADS	3178	3942	3178	3942	1,24
Airbus A 400	2364 (für 75)	8607 (für 60)	31,52	143,45	4,55
Korvetten K 130	2687 (für 15)	1211 (für 5)	179,13 2	42,2	1,35
U-212 (2. Los)	1492 (für 4)	824 (für 2)	373	412	1,10
Einsatzgruppenversorger	298 (für 4)	198 (für 1)	74,5	198	2,66

beschaffen, Strategie und Technik, Dezember 2006, S. 46

12 Strategie und Technik, Dezember 2006, S. 21

13 Strategie und Technik, Dezember 2006, S. 46

14 Die Preise für die in der Tabelle aufgeführten Waffensysteme (Tiger, Eurofighter, Corvette, U-212) verstehen sich ohne Bewaffnung

15 Die Angaben des Bundeswehrplans 1997 sind entnommen: Tobias Pflüger, Die neue Bundeswehr, Köln 1997, 119 Seiten

16 Generalinspekteur Kirchbach; in: Eckwerte für die konzeptionelle und planerische Weiterentwicklung der Streitkräfte, 23.5.2000, 56 Seiten, S. 45

17 Strategie und Technik, Januar 2005, S. 6

18 Bundeshaushalt 2007, S. 2148

19 Dazu müssen noch 42 Soldaten addiert werden, die für Evakuierungsnotfälle in Deutschland in Bereitschaft stehen.

20 www.bundeswehr.de/portal/a/bwde/kcxml/04_Sj9SPykssy0xPLMnMz0vM0Y_QjzKLd4v39bQESUGYpvqRaGKGbn4IsSB9b31fj_zcVP0A_YLc0IhyR0dFALNCMzY!/delta/base64xml/L2dJQSEvUUJ3QS80SVVFLzZfQV8xUla!yw_contentURL=/C1256E4F002AED30/W264VFT2439INFODE/content.jsp

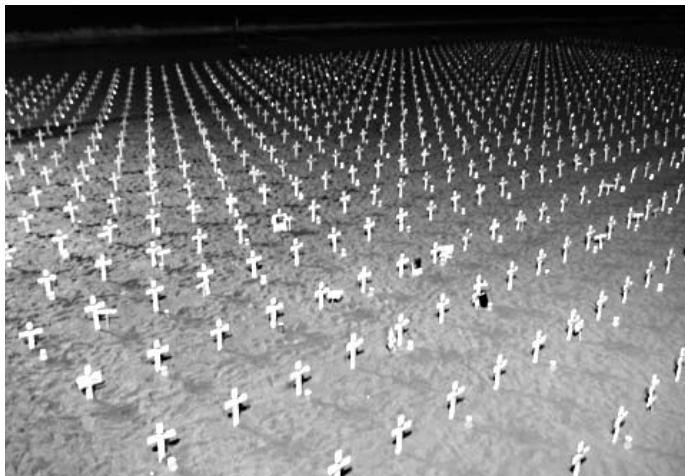
21 Frankfurter Allgemeine Zeitung FAZ 27.5.06

Tabelle 8: Voraussichtliche tatsächliche Zusatzkosten der Bw-Auslandseinsätze

Name	Gebiet	Führung	Bundeswehr ¹⁹ (Stand 19.12.06) ²⁰	Bundestags-Mandat bis	Zusätzl. Kosten in Mio. Euro	Monatl. Kosten in Mio. Euro
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)
ISAF	Afghanistan Usbekistan	NATO	2905	13.10.07	460	38,3
KFOR	Kosovo	NATO	2300	31.5.07	190	15,8
EUFOR	Bosnien-Herzegowina	EU	888	15.12.07	74	6,2
UNMIS	Süd-Sudan	UNO	35	8.4.07	0,7	0,1
AMIS	Sudan/Darfur	AU	0	2.6.07	0,8	0,13
UNIFIL	Libanon	UNO	1001	31.8.07	193	16,1
Active Endeavour	Mittelmeer	NATO	78	15.11.07	0	0
UNOMIG	Georgien	UNO	12	8.2.07	0	0
UNMEE	Äthiopien/Eritrea	UNO	2	31.1.07	0	0
Enduring Freedom	Horn von Afrika	USA	259	15.11.07	74	6,2
EUFOR	RD Congo		277	30.11.06		
			7794			82,83

Zur Erläuterung: Die Beträge in der Spalte (6) sind den jeweiligen Anträgen der Bundesregierung entnommen. Der Bundestag hat den Anträgen jeweils zugestimmt. Spalte (7) enthält die Beträge der Spalte (6) auf den Monat umgerechnet. Zur Bewertung: Vorausgesetzt die Mandate werden mindestens bis zum 31.12.2007 verlängert, ergibt die Multiplikation der monatlichen Kosten

mit Zwölf eine Jahressumme für 2007 von 993,96 Mio. Euro. Diese liegt um rund 350 Mio. Euro über dem Bundestagsansatz. Angaben über die jährlichen Gesamtkosten der Auslandseinsätze der Bundeswehr waren im Mai 2006 einer Randnotiz in der FAZ zu entnehmen²¹ (Angaben in Euro): 1998: 182,6 Mio., 2000: 1.076,1 Mio., 2002: 1.502,1 Mio., 2004: 1.025,3 Mio., 2005: 884,3 Mio..



Zum Jahreswechsel fanden in den USA viele Aktionen gegen den Irak-Krieg, für sofortige Heimholung der Truppen, für ein Amtsenthebungsverfahren (Impeachment) gegen Präsident Bush und gegen Folter in Guantanamo statt. Die Organisation Veteranen für den Frieden gedachte mit Kerzen der im Irak gefallenen US-Soldaten und der über 600.000 irakischen Opfer von Krieg, Besatzung und Bürgerkrieg. Die Veranstalter wiesen darauf hin, dass nicht nur inzwischen 3.000 US-Soldaten gefallen sind, sondern darüber hinaus 25.000 US-Soldaten schwer verletzt wurden. In den fast vier Jahren seit Beginn der Irak-Invasion sind mehr US-Soldaten gefallen und verwundet worden als während der ersten vier Jahre des US-Krieges in Vietnam. Tausende stellten in der Silvesternacht Kerzen am „Arlington West Memorial“ – einer alternativen Gedächtnisstätte, die mit ihrem Namen Bezug nimmt auf den



größten US-Militärfriedhof Arlington – auf. Hier errichten seit 2004 jeden Sonntag Veteranen für den Frieden Kreuze für die gefallenen Soldaten. Ein ähnliches Projekt – ein riesiges und stets anwachsendes Feld von Kreuzen, gibt es bereits seit 2003 auch in Santa Barbara, ebenfalls Kalifornien. – Rund 1000 Menschen beteiligten sich am Neujahrstag an einer Aktion – der Formierung der Forderung „Impeach“ aus Menschenleibern (Bild) – am Ocean Beach von San Francisco. Für den 27. Januar ruft United for Peace and Justice, ein Bündnis von 1.500 Organisationen, zusammen mit weiteren Organisationen zu einer Demonstration nach Washington auf. Die US-Regierung beabsichtigt, die Truppen im Irak um mehrere zehntausend aufzustocken. Die jüngsten Umfragen ergaben, dass in den USA inzwischen über 70% den Krieg ablehnen. (Quelle/Bilder: Indymedia Los Angeles, San Francisco Bay)

Ukraine: Umkämpfte Orientierung

Am 18. Dezember führte der „Gesellschaftliche Rat für den Schutz der verfassungsmäßigen Bürgerrechte“ – ihm gehören mehrere ukrainische Organisationen, u.a. die Sozialdemokratische und die Kommunistische Partei an – auf der Halbinsel Krim ein inoffizielles und rechtlich folgenloses Referendum über den Nato-Beitritt der Ukraine durch. Angaben der Veranstalter zufolge nahmen 897.000 Einwohner teil (58,2%), von denen 98,7% gegen einen Beitritt stimmten. Kritiker monierten, dass die Befragung u.a. deshalb illegitim sei, weil sie zumindest teilweise auf der Straße und mit technischer Unterstützung aus Russland stattgefunden habe. Doch dass das Referendum die breite Ablehnung des Nato-Beitritts nicht nur auf der Krim, sondern in großen Teilen der Ukraine widerspiegelt, wird von niemandem bestritten. Dem Referendum war vorausgegangen, dass die Behörden die von 4,6 Millionen Ukrainern unterschriebene Petition für die Durchführung eines gesamtukrainischen Referendums abgelehnt hatten, obwohl die Zahl von 3 Mio. notwendigen Unterschriften weit übertroffen war. Präsident Juschtschenko hält am Kurs der Nato- und EU-Integration fest. Während der von Russland mehr oder weniger offen unterstützte „Gesellschaftliche Rat“ davon spricht, das gesamte Land in einen „Anti-Nato-Brückenkopf“ zu verwandeln, forciert die EU ihre Anstrengungen, die Ukraine stär-

ker einzubinden. Das bisherige Abkommen über Partnerschaft und Zusammenarbeit läuft 2008 aus, unter der deutschen Ratspräsidentschaft werden jetzt Verhandlungen für ein neues Abkommen über erweiterte Zusammenarbeit aufgenommen. Ziel sei nicht, so der deutsche Botschafter in der Ukraine, eine Mitgliedschaft, sondern eine Beziehung wie zur Schweiz oder zu Norwegen. (Deutsche Welle; Ria Novosti)

Marokko: Massenabschiebungen in die Wüste

Polizei hat am 23.12. mehr als 250 Menschen aus dem subsaharischen Afrika in der marokkanischen Hauptstadt Rabat verhaftet, darunter Frauen und Kinder, Menschen mit UNHCR-Papieren, solche, über deren Asylgesuch noch keine Entscheidung gefällt war, und sogar einen Senegalesen, der seit 2004 legal in Marokko lebt. Die Menschen wurden in Begleitung von Soldaten in Bussen nach Oujda an der Grenze zu Algerien verbracht, abends fuhren die Busse die Gefangenen über die Grenze und setzten sie in der Wüste aus. Da auch aus anderen Landesteilen Busse in Oujda ankommen, handelt es sich wohl um eine landesweite Aktion. Wie berichtet, wurden die Flüchtlinge mit Stöcken und Peitschen geprügelt, mindestens vier Frauen vergewaltigt. Am 30. Dezember gab es weitere Massenfestnahmen in Layoun, auch hier wurden die Gefangenen über die Grenze abgeschoben und ausgesetzt. Nur einigen Dutzend gelang es

insgesamt, nach Marokko zurückzukommen. Wie der Gouverneur von Rabat mitteilte, kam Marokko mit den Operationen seinen „Verpflichtungen“ nach, die es im Juli auf einer Euro-afrikanischen Ministerialkonferenz eingegangen habe. Nach einem Bericht von Reuters überwies die EU Marokko 76 Mio. Euro, um ihr „dabei zu helfen, Migration zu managen, Grenzsicherheit zu verstärken und Menschenhandel zu reduzieren“. (Quelle: Mitteilungen des Flüchtlingsrats Hamburg)

Tarifvertrag für Beschäftigte eines britischen Billigfliegers

Der britischen Gewerkschaft T&G ist es jetzt gelungen, gegen gewerkschaftsfeindliche Kampagnen des größten europäischen Billigfliegers Flybe ihre Anerkennung sowie einen Tarifvertrag durchzusetzen. Obwohl der Konzern den Beschäftigten Videos zuschickte, auf denen gewerkschaftliche Kontaktleute diffamiert wurden, trotz eingeleiteter Disziplinarverfahren und ähnlicher Repressionen beteiligten sich die Beschäftigten in großer Zahl an der Abstimmung über die Anerkennung der Gewerkschaft. 94% stimmten mit ja. Angesichts dessen musste Flybe einen Tarifvertrag unterzeichnen. Durch den Erfolg sieht sich die T&G in ihrem Kurs bestärkt, die gewerkschaftliche Organisierung im Niedriglohnsektor zu forcieren, u.a. bei Billigfliegern und im Cargo-Bereich. (Quelle: ITF News Online)

Zusammenstellung: scc

26.1.2007: Demo in Karlsruhe zum zweijährigen Jubiläum des BVerfG-Urteils

KARLSRUHE. Anlässlich des zweiten Jahrestages der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, das Verbot für Studiengebühren aufzuheben, wird auch dieses Jahr eine Geburtstagsfeier stattfinden: Nach dem ersten Jubiläum 2005, an dem an über 25 Hochschulen Aktionen stattfanden, wird es zum zweiten Jahrestag 2007, eine bundesweite Demonstration am Ort der Entscheidung geben: Am 26. Januar 2007. Die Behörden rechnen mit ca. 5.000 TeilnehmerInnen. Bundesweite Demo für Solidarität und freie Bildung in Karlsruhe.

www.uebergebuehr.de



Start der Kampagne: BAföG rau

BERLIN. Ein breites Bündnis von politischen Studierenden- und Jugendverbänden hat am 19.12.2006 in Berlin den Startschuss zur Kampagne „BAföG rau!“ gegeben, die sich für eine kurzfristige Verbesserung des BAföG einsetzt. Die beteiligten Verbände fordern neben einem grundsätzlichen Bekenntnis zum BAföG und gegen Kredite die Erhöhung der Bedarfssätze, Verbesserungen für Studierende mit Migrationshintergrund und studierende Eltern sowie beim „Auslands-BaföG“.

Das BAföG gehört zu den wichtigsten Quellen der Studienfinanzierung und trägt damit zu mehr Chancengleichheit bei. Trotz eindeutiger Empfehlungen und Aufforderungen wurden die BAföG-Sätze seit fünf Jahren nicht mehr angepasst. Angesichts der stetig steigenden Lebenshaltungskosten von Studierenden fordern die Initiatoren der Kampagne dringende strukturelle und finanzielle Verbesserungen ein.

Das BAföG stand einmal für mehr Chancengleichheit beim Hochschulzugang. Dies muss wieder das Ziel aller Anstrengungen sein. Damit es diese auch garantieren kann, sind Verbesserungen längst überfällig.

Der fzs, die Juso-Hochschulgruppen, die Jusos in der SPD sowie die Grüne Jugend fordern deshalb die Bundesregierung nachdrücklich auf, mehr Studierende besser zu fördern und von Krediten abzusehen.

Die beteiligten Verbände sehen dringenden Handlungsbedarf insbesondere bei der Besserstellung von studierenden Eltern sowie für Studierende mit Migrationshintergrund. Auch die Möglichkeiten, im Rahmen eines Auslandsstudiums BAföG zu beziehen, müssen erweitert werden.

Einzelne Gruppen von Studierenden werden ganz besonders finanziell benachteiligt. Studierende mit Kindern etwa müssen häufig ihr Studium abbrechen, weil die derzeitigen BAföG-Regelungen ihrer Situation nicht gerecht werden.

Das BAföG muss soziale Ungleichheiten kompensieren. Studienkredite, deren Einführung vor allem von Union und FDP eingefordert und forciert werden, wirken dagegen sozial selektiv. Zweck des BAföG ist es, Studierenden unabhängig von ihrer sozialen Herkunft gleiche Studienmöglichkeiten einzuräumen. Um diesen Zweck weiterhin erfüllen zu können, muss es jetzt zu massiven Verbesserungen kommen. Sonst wird das BAföG-System mehr und mehr ausgeöhlt.

In den kommenden Wochen wird an zahlreichen Hochschulen über die derzeitige Ausgestaltung des BAföG und den notwendigen Anpassungsbedarf informiert. Neben einer Plakataktion und zahlreichen Informationsmaterialien können sich Studierende und die Öffentlichkeit auf der eigens eingerichteten Kampagnenhomepage www.bafog-rau.de informieren und den Aufruf der Studierendenverbände unterzeichnen.

www.fzs.de

Gedenken an Oury Jalloh und Laye-Alama Condé

BERLIN, DESSAU, BREMEN. Mit Demos, Mahnwachen und Kundgebungen haben am 7.1.2006 mehrere hundert Menschen in Berlin und Dessau an den Afrikaner Oury Jalloh erinnert, der vor zwei Jahren in einer Polizeizelle verbrannte. Mit Transparenten wie „Kein Vergessen – kein Vergessen“ forderten die Demonstranten eine lückenlose Aufklärung der Ereignisse, Entschädigung für die Familie des Opfers sowie eine Entschuldigung von Polizei und Stadt für die Vorfälle am 7. Januar 2005. Ein Tag zuvor fand in Bremen eine Demonstra-



tion statt (Bild) zum Gedenken an Laye-Alama Condé, der vor zwei Jahren an einem zwangsweise durchgeführten polizeilichen Brechmittel Einsatz gestorben ist.

<http://de.indymedia.org>

„Gemeinsam EnBW abschalten!“ Protestaktion in Karlsruhe

KARLSRUHE. ROBIN WOOD-AktivistInnen sind am 21.12.2006 in Karlsruhe dem Energiekonzern EnBW (Energie Baden-Württemberg) „aufs Dach“ gestiegen und haben ein 14 mal fünf Meter großes Transparent mit der Aufschrift „1, 2, 3 ... die Laufzeit ist vorbei – EnBW abschalten!“ an die Fassade der Konzernzentrale gehängt. Damit protestieren sie gegen jüngst bekannt gewordenen Antrag von EnBW, den maroden Meiler Neckarwestheim 1 – noch länger als im Atomgesetz vorgesehen – am Netz zu lassen und auf diese Weise den dringend notwendigen Atomausstieg zu unterlaufen. Die StromkundInnen von EnBW fordert ROBIN WOOD auf, dem Konzern die Quittung für seine verantwortungslose Atompolitik zu geben und zu einem Ökostromanbieter zu wechseln.

Der Alt-Reaktor Neckarwestheim 1, der bereits 1976 in Betrieb ging, wird – wenn es keine unvorhergesehenen Abschaltungen gibt – bis spätestens Anfang 2009 die gesetzlich geregelte Reststrom-Menge erzeugt haben und muss dann abgeschaltet werden. Das will EnBW verhindern und hat daher jetzt beim Bundesumweltminister beantragt, ein Stromkontingent von 46,9 Milliarden Kilowattstunden vom wesentlich jüngeren Rektor Neckarwestheim 2 auf den Alt-Reaktor zu übertragen und so dessen Laufzeit bis zum Jahr 2017 zu verlängern.

Die Öffentlichkeit versucht der Konzern mit heuchlerischen PR-Kampagnen („30 Jahre Neckarwestheim – 30 Jahre Klimaschutz“) und die Politik mit korrumptierenden Angeboten gefügig zu machen. Jüngstes Beispiel: Das Angebot von EnBW, eine zweistellige Millionensumme für die Forschung im Bereich Erneuerbare Energien zur Verfügung zu stellen, wenn Neckarwestheim 1 länger als vorgesehen am Netz bleiben darf. ROBIN WOOD fordert Bundesumweltminister Sigmar Gabriel auf, sich nicht kaufen zu lassen, sondern den Atomausstieg voranzutreiben. An alle StromkundInnen appelliert ROBIN WOOD, jetzt Konsequenzen zu ziehen und die Vertragsbeziehungen zu EnBW mit den Strommarken „EnBW“, „Yello“ und „NaturEnergie“ zu kündigen.

www.umwelt.org/robin-wood/german/presse/

Erstmals schwul-lesbische Organisationen auf Weltebene anerkannt

NEW YORK CITY (kabinet). Nicht nur für

behinderte Menschen war 2006 auf internationaler Ebene durch die Verabschiedung der UN-Behindertenkonvention ein gutes Jahr. Auch für schwule und lesbische Menschen konnte durch die Akkreditierung des Lesben- und Schwulenverbandes Deutschland als Nichtregierungsorganisation mit offiziellem Beraterstatus bei der UN (ECOSOC) ein Erfolg erzielt werden.

Wie der Lesben- und Schwulenverband Deutschland (LSVD) kürzlich meldete hat der Wirtschafts- und Sozialausschuss der UN (ECOSOC) dem Antrag des LSVD auf Akkreditierung als Nichtregierungsorganisation mit offiziellem Beraterstatus mit 24 zu 16 Stimmen bei 10 Enthaltungen angenommen. Damit können erstmalig auch die Belange von Homosexuellen auf Weltebene vertreten werden. „Wir sind stolz und glücklich über diesen hart erkämpften Erfolg. Die offizielle Anerkennung von schwul-lesbischen Organisationen ist vielen Staaten sehr schwer gefallen. Eine unheilige Allianz bestehend aus Vatikan, afrikanischen und islamischen Staaten sowie Russland und China hatte sich bis zum Schluss gegen die Akkreditierung gewandt. Es gilt nun, die Foren der „Weltregierung“ dazu zu nutzen, systematisch Menschenrechtsverletzungen gegen Lesben und Schwule anzuprangern“, so Jacques Teyssier, Sprecher des LSVD.

Dank der massiven Unterstützung der deutschen Delegation sei es gelungen, im zuständigen Ausschuss nach langen und zähen Verhandlungen eine Mehrheit für die Akkreditierung lesbisch-schwuler Organisationen zu finden. „Wir begrüßen besonders auch das Engagement der finnischen Vertreter, zugleich amtierende Sprecher der Europäischen Union“, so Jacques Teyssier.

www.kabinet-nachrichten.org

Initiative fordert Verfassungsrecht auf Wohnen

BIELEFELD. Die französische Regierung will ein Recht auf Wohnen einführen und damit die Wohnungslosigkeit abschaffen. Die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V. (BAG W) fordert Bundeskanzlerin Angela Merkel auf, dem französischen Beispiel zu folgen und in die deutsche Verfassung ein Recht auf Wohnen einzuführen, das den Wohnungsverlust verhindert. „Es ist eines modernen Sozialstaats unwürdig, dass Menschen von dem Verlust ihrer Wohnung bedroht sind, wenn sie ihre Miete nicht mehr bezahlen können“, sagte Dr. Thomas Specht-Kittler, Geschäftsführer der BAG W.

Zugleich forderte die BAG W die Bundesregierung auf, sich auf europäischer Ebene im Rahmen Ihrer EU-Präsidentschaft für das Recht auf Wohnen einzusetzen.

Die BAG W schlägt als Kernregelung

in der Verfassung u.a. vor, dass eine Räumung von Wohnraum darf nur dann vollzogen werden darf, wenn zumutbarer Ersatzwohnraum zur Verfügung steht. Einen ausführlichen Vorschlag zur verfassungsrechtlichen Absicherung der Wohnbedürfnisse wurde von der BAG Wohnungslosenhilfe e.V. 1992 der Verfassungskommission eingereicht, fand aber leider keine Berücksichtigung. Er beruhte auf einem Vorschlag des heutigen Außenministers Frank-Walter Steinmeier.

www.bag-wohnungslosenhilfe.de

„SOS Europe“ – Save Our Social Europe

BERLIN. „SOS Europe“ (Save Our Social Europe) – unter diesem Motto engagieren sich 36 Organisationen, die sich im europäischen Netzwerk SOLIDAR zusammengeschlossen haben, mit einer Kampagne für ein soziales Europa. Sie werben bei den politischen Entschei-



dungsträgern auf nationaler und europäischer Ebene für ein Europäisches Sozialmodell und möchte das Bewusstsein der Europäerinnen und Europäer schärfen. „Mit klaren politischen Aussagen, europapolitischen Veranstaltungen sowie Aktionsmaterialien und einer Unterschriftenaktion wollen wir Ja sagen zu einem ökonomisch starken Europa, das den Menschen soziale Sicherheit gibt“, erklärt der ASB-Vorsitzende, Dr. Friedhelm Bartels.

Ein wichtiges Element der SOS-Europe-Kampagne ist eine Unterschriftenaktion (www.soseurope.org). Im Rahmen der SOS-Europe-Kampagne veranstaltet der Arbeiter-Samariter-Bund (ABS) gemeinsam mit der Arbeiterwohlfahrt und Solidar – dem europäischen Bündnis zur Wohlfahrtspflege – während der deutschen Ratspräsidentschaft in der Europäischen Union eine internationale Konferenz. Unter dem Motto „Europa erleben – stark, sozial, gerecht“ werden am 1. und 2. März 2007 junge Menschen aus unterschiedlichen Ländern der EU, Vertreter aus Wissenschaft, nationaler und europäischer Politik sowie von europäischen Nichtregierungsorganisationen, des Europäischen Gewerkschaftsbundes und der EU-Kommission in Berlin zusammenkommen. Sie werden über ein barrierefreies Europa, Chancengleichheit und Diskriminierung sowie über Fragen der Zukunft und die Bedeutung eines sozialen Europas diskutieren.

Weg mit den Berufsverbote!

Demonstration

**am 27.1.2007 in Mannheim
13 Uhr, Paradeplatz**

MANNHEIM. GEW Hessen, GEW Baden-Württemberg, VVN/BdA, Rote Hilfe e.V., DGB Rhein-Neckar und Antifaschistische Initiative Heidelberg (AIHD) rufen zur Demonstration auf. In ihrem Aufruf heißt es: „Zu Beginn des Jahres 2007 wird der Verwaltungsgerichtshof in Mannheim in einer Berufungsverhandlung über das mittlerweile seit drei Jahren andauernde Berufsverbot gegen den Heidelberger Realschullehrer Michael Csaszkóczy entscheiden.“

Seit Anfang des Jahres 2004 wird Csaszkóczy aus politischen Gründen die Einstellung in den Schuldienst des Landes Baden-Württemberg verweigert. Im September 2005 hat sich Hessen dieser Maßnahme angeschlossen und Csaszkóczy eine bereits zugesagte Stelle verweigert.

Über mehr als 14 Jahre hinweg wird Csaszkóczy vom Verfassungsschutz überwacht. Für das Berufsverbot ausschlaggebend war seine Mitgliedschaft in der Antifaschistischen Initiative Heidelberg, von der er nicht bereit war, sich zu distanzieren.

Im Urteil des Verwaltungsgerichts Karlsruhe wird das Berufsverbot mit der Behauptung begründet, die Antifaschistische Initiative zeichne ein diffamierendes Bild unseres Staates. Dies wird vor allem mit der Feststellung der AIHD untermauert, zwischen Nationalsozialismus und BRD habe es Kontinuitäten gegeben. 74 Jahre nach der Machtübertragung an die Nationalsozialisten wird damit sowohl Antifaschismus kriminalisiert als auch das Benennen der historischen Wahrheit bestraft.

Damit wird die grundrechtswidrige Berufsverbotspraxis der BRD aus den 70er Jahren wiederbelebt, die der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte 1995 als Verstoß gegen Europäische Menschenrechtskonvention verurteilt hat. Wir protestieren gegen die staatliche Bespitzelung und Einschüchterung, die sich potentiell gegen alle emanzipatorischen und politisch unbequemen Bestrebungen richtet.

Berufsverbote verstößen gegen die Menschenrechte und schaffen ein Klima der politischen Einschüchterung.

Wir fordern die Einstellung und Rehabilitierung Michael Csaszkóczys und die Abschaffung der gesetzlichen Grundlagen der Berufsverbote.“

www.gegen-berufsverbote.de

Die Versuche der Linkspartei.PDS im Stadtrat von München, bei den anderen Stadträtinnen und Stadträten für die Einführung eines Sozialtickets zu wecken, waren bisher nicht gerade von Erfolg gekrönt (seit Ende 2005 mehrere Vorstöße). Ganz anders sieht die Meinungsbildung bei Leuten aus, die in der aktiven Sozialarbeit stehen bzw. mit den Folgen unvertretbarer Einschränkungen konfrontiert sind. MitLinks, die Zeitschrift der Linkspartei.PDS im Stadtrat, konnte mit Rechtsanwalt Tim King (Tätigkeitsschwerpunkt: Betreuungsrecht und die damit verbundenen Rechtsgebiete Mietrecht, Erbrecht und Familien- und Sozialrecht) das unten dokumentierte, aufschlussreiche Gespräch führen.

In Sachen Sozialticket – Interview mit Rechtsanwalt Tim King (München)

Ablehnung „bestenfalls von Unkenntnis, schlimmstenfalls von Zynismus geprägt“

MitLINKS: Sie haben beruflich viel Kontakt mit armen MünchnerInnen. Wie hat sich deren Lage in den letzten Jahren verändert?

TIM KING: Es war noch nie einfach, mit Sozialhilfe zurecht zu kommen, aber die Situation hat sich seit der Abschaffung des BSHG und der Zusammenlegung von Arbeits- und Sozialhilfe deutlich verschärft. Nicht so sehr, weil die laufenden Leistungen zu niedrig wären, denn das sind sie schon seit Jahren, sondern weil nahezu sämtliche einmaligen Leistungen und Zusatzbedarfe gestrichen wurden. Gerade bei der Klientel, mit der ich am häufigsten zu tun habe, Betroffene, die wegen einer Erkrankung oder ihres Alters auf Leistungen angewiesen sind und keine realistische Chance mehr haben, sich aus dem Leistungsbezug zu befreien, hat das teilweise dramatische Folgen: Medikamente werden nicht mehr genommen, um die Zuzahlungen zu sparen, die Brille wird zum wiederholten Mal mit Tesa-Film geklebt, Lebensmittel auf dem Balkon aufgehoben, weil der Kühlschrank defekt ist.

MitLINKS: Wieweit werden die Be-

dürfnisse Ihrer Klienten wahrgenommen?

TIM KING: Überhaupt nicht. Die Sozialämter und noch mehr die ARGE ziehen sich auf die Gesetzeslage zurück und heben bedauernd die Schultern.

Aber nicht nur das, relativ häufig werden nach meinem Eindruck durchaus vorhandene Spielräume nicht ausgenutzt und z.B. die grundsätzliche Möglichkeit der darlehensweisen Gewährung einmaliger Leistungen nicht genutzt.

Allerdings möchte ich einige Mitarbeiter der Ämter, vor allem des ASD, ausdrücklich in Schutz nehmen. Diese, die die alltägliche Not bei Hausbesuchen direkt mitbekommen, bemühen sich größtenteils wirklich, sind aber mittlerweile darauf angewiesen, Stiftungsmittel einzuwerben, beispielsweise um Stromschulden ausgleichen und dafür sorgen zu können, dass die teilweise schwer behinderten Betroffenen zumindest wieder Licht in der Wohnung haben und kochen können. Der Staat zieht sich auf diese Weise immer mehr aus der Verantwortung.

MitLINKS: Die Forderung nach einem

Sozialticket wird damit begründet, dass Mobilität im Großstadtleben unverzichtbar ist. Stimmt das? Wie sieht Ihrer Erfahrung nach der Alltag armer Großstädter aus?

TIM KING: Man muss sich hier nur vor Augen halten, was der Gesetzgeber von den Betroffenen fordert: Um mit dem Regelsatz zurecht zu kommen, sollen sie sich informieren, Sonderangebote wahrnehmen, beim günstigsten Geschäft einkaufen. Doch wie soll das gehen, wenn man nur rund vier Mal im Monat eine Hin- und Rückfahrt mit dem Bus oder der S-Bahn bezahlen kann? ALG-II-Empfänger sollen sich um Jobs bemühen, um Fortbildungen, müssen Termine bei der ARGE wahrnehmen. Wie sollen sie dorthin kommen? Zu Fuß? In einer Großstadt wie München? Dazu kommt, dass gerade diejenigen, die keine Arbeit haben, die erwerbsunfähig sind, eine Tagesstruktur brauchen und die Möglichkeit haben müssen, aus der Wohnung zu kommen, eine Tagesstätte zu besuchen, auch mal ins Kino zu gehen oder zur Stadtbücherei wenn das knappe Geld reicht. Schließlich sind auch die dringend notwendigen Arztbesuche nicht immer und überall zu Fuß zu erledigen.

MitLINKS: Der Münchner Wirtschaftsreferent Wieczorek hat auf den Antrag auf die Einführung eines Sozialtickets erwidert, die Bezieher von Arbeitslosengeld II könnten ja andernorts sparen, wenn sie unbedingt eine Monatsmarke bräuchten. Wie sehen Sie das?

TIM KING: Eine Haltung, die bestenfalls von Unkenntnis, schlimmstenfalls von Zynismus geprägt ist. Der Regelsatz reicht hinten und vorne nicht. Herr Wieczorek sollte die Studie des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes kennen, nach der die laufenden Leistungen um wenigstens 12% zu niedrig sind. Dabei sind die überdurchschnittlichen Lebenshaltungskosten in München noch gar nicht berücksichtigt. Die liegen, laut einem Gutachten, das im Rahmen des derzeit laufenden Verfahrens vor dem Bundesverfassungsgericht über die Bezahlung in München eingesetzter Beamter erstellt wurde, um rund 20% über denen in einer fiktiven bayerischen Stadt.

Köln Pass ab 1. Januar 2007

KÖLN. Das Wichtigste zuerst: Der Köln Pass kommt zum 1. Januar für 175.000 Kölnerinnen und Kölner. Er kommt in vollem Umfang. Das heißt, Menschen mit geringem Einkommen (bis 110% Regelsatz Hartz IV) können in Köln zu stark reduzierten Preisen die Kölner Verkehrsbetriebe (KVB) nutzen. Das vollwertige Monatsticket kostet dann 25,00 Euro, das Viererticket Tarifstufe 1 b wird 4,60 kosten. So hat es der Rat in seiner letzten Sitzung für dieses Jahr noch einmal beschlossen. Der Kölner CDU ist es somit nicht gelungen, ihren unsozialen Auftrag zu erfüllen.

Zur Erinnerung: Die Kölner CDU-Ratsmitglieder hatten beim Verbund Rhein-Sieg (VRS) das Ticket gekippt. Jetzt prüft die Stadt gegen die vier Ratsmitglieder der CDU vorzugehen, denn sie haben die Interessen der Stadt Köln hinter die eigene Profilierungssucht gestellt, das kommt die Stadt teuer zu ste-

hen Aufgrund der Beschlusslage in dem Gremium des VRS muss die Stadt das Mobilitätsticket im Köln-Pass subventionieren. Für jedes reduzierte Ticket, das gekauft wird, muss die Stadt die Differenz zum Normaltarif an die KVB überweisen. Es wird davon ausgegangen, dass dies circa 3,5 Millionen Euro pro Jahr sind. Das ist nicht nur ein Ärger für den Kämmerer, es lauert auch noch eine Gefahr. Der Köln-Pass ist eine freiwillige Leistung der Stadt Köln. Solange sich die Stadt Köln in der Haushaltssicherung befindet, hat der Regierungspräsident die Möglichkeit, die Ausgabe zu streichen. Diese Gefahr hätte nicht bestanden, wenn die Organisation des Tickets bei der KVB gelegen hätte. Die hätte sich lediglich über die Mehreinnahmen durch verkauftes Tickets innerhalb des Köln Passes freuen können. MW

Aus: Lokalberichte Köln 26/2006

Vor allem aber ist mir nicht klar, wie dann andere einmalige Bedarfe, und sei es nur Bekleidung, finanziert werden sollen. Für alle diese Dinge sind im Regelsatz geringe Pauschalbeträge vorgesehen, die angespart werden sollen, zum Teil über Jahre hinweg. Das kann nicht funktionieren, wird der Betroffene doch vor die Wahl gestellt, entweder das Monatsticket zu finanzieren, oder das dringend benötigte Paar Winterschuhe. Aber vielleicht meint Herr Wieczorek ja, die Betroffenen sollen einfach weniger essen, wenn sie S-Bahn fahren wollen.

MITLINKS: Wenn das Geld nicht reicht, um Fahrkarten zu bezahlen, welche Konsequenzen hat das Ihrer Erfahrung nach?

TIM KING: Nach meiner Erfahrung fahren die Betroffenen relativ konsequent schwarz, vor allem, wenn sie regelmäßige Termine wahrzunehmen haben, die sie nur mit dem MVV erreichen können. Natürlich werden sie ebenso häufig erwischt, was zu Inkassoforderungen des MVV, aber auch zu einer erheblichen Belastung der Justiz wegen entsprechender Verfahren und nicht zuletzt zu einer Kriminalisierung führt. Überspitzt könnte man sagen: Armut wird kriminalisiert.

MITLINKS: Es gibt ja zur Zeit für München-Pass-Inhaber bis zu zehn Tageskarten im Monat zum halben Preis. Deckt dieses Angebot die Bedürfnisse nicht ab?

TIM KING: Nein. Zum einen ist schon der München-Pass selbst kaum einem der Betroffenen bekannt und wird von den Ämtern oder der ARGE auch nicht selbstverständlich angeboten. Dazu kommt ein relativ kompliziertes Verfahren, mit Vorsprache beim Sozialamt usw. Zudem reicht die Ermäßigung nicht aus, um das berechtigte Mobilitätsbedürfnis zu einem Preis zu decken, der dem vorgesehenen Anteil am Regelsatz entspricht. Denn für diese zehn verbilligten Tageskarten müssten immer noch Euro 22,50 ausgegeben werden.

MITLINKS: Nach Auskunft der MVG würde ein Sozialticket einen städtischen Zuschuss erfordern. Was halten Sie von dieser Argumentation?

TIM KING: Ich glaube das nicht. Ich meine, dass die Grundlast des MVV, d.h. die Zahl der Fahrgäste, kaum steigen würde, die Betroffenen fahren, wie oben gesagt, ja jetzt auch schon. Sie zahlen nur nicht dafür. Würde man ihnen die Möglichkeit eröffnen, aus der Kriminalisierungsfalle herauszukommen, und ihnen ein Ticket anbieten, das sie sich auch leisten können, würde der Ticketverkauf insgesamt steigen, d.h. der MVV betriebswirtschaftlich unter Umständen sogar profitieren. Von den wegfallenden Kosten für die Forderungsbeiratung, die Kosten der Strafverfahren etc. mal ganz abgesehen.

Das Interview führte Dagmar Henn.

Aus dem Hamburger „Landesinfo – Gemeinsamer Rundbrief für Mitglieder und Interessierte von Linkspartei.PDS und WASG – Die Wahlalternative Hamburg“, Nr. 4, Dezember 2006.

Lärmimmission! Gefahrguttransporte! Mitten durch Hamburg und trotzdem zeitgemäß?

Güterumgehungs bahn soll bis 2008 „ertüchtigt“ werden!

HAMBURG. Die Bezeichnung „Güterumgehungs bahn“ ist ein Euphemismus, bedenkt man, was sich heute dahinter verbirgt.

Als die Trasse gebaut wurde, konnte noch von einer Umgehung der Wohnviertel gesprochen werden. Heute führt diese einspurige Strecke von Eidelstedt bis zum Güterbahnhof Rothenburgsort durch dichtbesiedelte, bevölkerungsreiche Viertel wie Eppendorf, Barmbek, Wandsbek und Horn. Auch der Begriff „Ertüchtigung“ sagt nur bedingt etwas darüber aus, was die Deutsche Bahn plant.

Sie konzipiert die Modernisierung der Trasse in der Weise, dass Güterzüge, auch nachts

- im 12-Minuten-Takt verkehren
- mit 80 km/h anstatt wie bisher mit 30 km/h und
- mit einer Länge von 650 m anstatt wie bisher mit 450 m durch die Wohnviertel rollen.

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) hat zur zu erwartenden Lärmimmission Karten in der Form eines Stadtplanausschnittes (Aug. 2005) herausgegeben, auf denen grafisch und farbig sehr anschaulich die zu erwartende Lärmimmission dargestellt ist. Das reicht von mehr als 80 dB(A) unmittelbar an der Trasse über 40-50 dB(A) in bis zu einem Kilometer Entfernung bis hin zu 30-35 dB(A)*. Beispiel zum Vergleich: In einem Schlafzimmer, abseits vom Verkehr, herrschen nachts 10-20 dB(A). Ein Lärmpegel von 40-50 dB(A) gilt als gesundheitsgefährdend. Betroffen sind nach meiner Schätzung, legt man die o.g. Karten zu Grunde, allein in Barmbek und Dulsberg zwanzig- bis dreißigtausend Menschen.

Bei aller Schwere des Problems muss man allerdings konstatieren, dass das Vorhaben der Deutschen Bahn der Rechtslage entspricht. Dies wird mit dem „Trick“ der Ertüchtigung erreicht. Das bedeutet, dass die Bahn die bestehende einspurige Trasse modernisiert. Es wird z.B. das Schotterbett verstärkt, ggf. Schwellen und Gleise der höheren Belastung entsprechend erneuert oder ergänzt. Nur eines geschieht nicht: Man verändert weder die Lage der Trasse, noch baut man ein zweites, parallel verlaufendes Gleis neu. Würde die Deutsche Bahn das tun, müsste sie die zur Zeit gültigen Umweltprüfungen durch-

führen und z.B. Lärmschutzmaßnahmen gemäß den in diesem Verfahren erteilten Auflagen erfüllen.

Die ursprüngliche Weigerung der Deutschen Bahn, Maßnahmen des aktiven Lärmschutzes auf eigene Kosten zu ergreifen, ist einer auf ein Mindestmaß festgefahrenen Bereitschaft gewichen, solche, wenn auch nur ansatzweise, durchzuführen. Das wiederum ist im Wesentlichen betroffenen Bürgern zu danken, die bereit sind, selbst Geld in die Hand zu nehmen, damit ein adäquater aktiver Lärmschutz gebaut werden kann.

Erst dann hat sich der Hamburger Senat unter entsprechendem politischen Getöse, versteht sich, dazu bereit erklärt, für jeden Euro, den die Bürger selbst in die Hand nehmen, einen Euro dazu zu geben.

Mit „aktivem Lärmschutz“ werden solche Maßnahmen bezeichnet, die die Bahn an ihren Anlagen und Zügen unmittelbar durchführen kann. Dies sind z.B. Lärmschutzwände in ausreichen der Höhe (und nicht nur 1,50 m hoch wie z.Zt. für Teilbereiche vorgesehen), Veränderungen am Schotterbett und am Gleiskörper oder Dämpfungsmaßnahmen an den Fahrwerken der Waggons.

Im Unterschied dazu wird als „passiver Lärmschutzmaßnahme“ bezeichnet, was an den betroffenen Häusern verändert werden kann. Dazu gehört z.B. der Einbau von Schallschutzfenstern. Das Schallschutzmaß, d.h. die „Dämpfung“ der höchsten, als vorkonfektioniertes Produkt, einsetzbaren Fenster der Stufe 4 liegt bei 42 dB. Dabei reicht nicht der Einbau einer neuen Verglasung, sondern es müssen auch die Flügel- und die Fensterrahmen entsprechend konstruiert sein. Dieser passive Lärmschutz hat einen entscheidenden Nachteil: Öffnet man die Fenster auch nur einen Spalt breit, entfällt der Lärmschutz vollständig. Das stelle man sich vor bei Nachttemperaturen von 25°C bis 28°C (siehe Sommer 2006)!

Die Deutsche Bahn bietet genau diesen passiven Lärmschutz Wohnungs- und Hauseigentümern seit ca. zwei Jahren entlang der Trasse an. Viele haben unvollständig und schlecht informiert akzeptiert, was die Bahn angeboten hat – und weiter anbietet. Unter anderem mit dem Argument, dass es sich um eine Wertverbesserung handelt, die auch zur



→ Erhöhung der Miete berechtigt. Das ist zulässig, aber natürlich perfide.

Die Hamburger Politik verhält sich auf allen Ebenen äußerst zurückhaltend. Die Informationen fließen spärlich, bedenkt man die Schwere des Problems.

Die bisher bekannt gewordenen und beschlossenen Maßnahmen der Hamburger Politik gehen m.E. am Kern der Sache vorbei. Der Hamburger Senat greift nicht die Deutsche Bahn an, um das Verursacherprinzip durchzusetzen. Er hat bisher keine Gesetzesinitiative auf Bundesebene in Gang gesetzt, um dem Schutz der Menschen Geltung zu verschaffen.

Stattdessen kreiert der Hamburger Senat Slogans wie „Hamburg, lebenswerte Stadt“, investiert Steuermittel in Projekte in Problemstadtteilen, die in erster Linie Wahlkampfmaßnahmen darstellen. Gleichzeitig lässt er zu, dass z.B. in Barmbek-Süd, einem der geförderten Viertel, der Lärm, der durch die Güterumgehungsstraße hervorgerufen werden wird, bis zu 1 km tief in die Wohngebiete und das ehemalige Krankenhaus Eilbek, jetzt Schön-Kliniken, vordringen kann.

Der Gipfel der Unverschämtheit ist, dass der Hamburger Senat sich dafür „einsetzt“, dass dieselben Menschen, die unter dem Lärm zu leiden haben werden, für einen adäquaten aktiven Lärmschutz auch noch selbst sorgen müssen. Der Senat setzt darauf, dass Betroffene die unzureichenden Maßnahmen der Bahn (s.o.) mit einem Eigenanteil ergänzen, damit dann ein ausreichender Lärmschutz gewährleistet ist, d.h. natürlich, mit eigenem Geld der Anlieger. Fehlt es an eigenen Geldmitteln, stehen speziell für diesen Zweck bereitgestellte Kreditmittel der WK (Wohnungsbaukreditanstalt) zur Verfügung.

Legt man also Wert auf einen ausreichenden Lärmschutz, soll man sich ggf. verschulden!

Dann erst gibt der Senat Geld – natürlich Steuermittel – in gleicher Höhe dazu.

Das alles verkauft der Hamburger Senat als Erfolg!

Und die Bahn? Die macht zwar Gewinne, wird aber für den Schaden, den sie anrichtet, kaum herangezogen. Hoch lebe der Neoliberalismus!

Dieser Sicht der Dinge hat sich im Prinzip z.B. auch die Bezirksversammlung Nord mit den Stimmen der GAL angeschlossen. Das Bezirksparlament hat einer Initiative am Salomon-Heine-Weg 75.000 Euro (von insgesamt 150.000 Euro Sondermittel des Bezirkes) zugesprochen. Begründung: 1. diese Initiative hat bereits ein fertiges Konzept, und 2. die geplanten Schutzmaßnahmen sollen hauptsächlich Freiflächen, Spielplätze, Kitas etc. und erst in zweiter Linie Wohnungen schützen. Die Tagesnutzung hatte also Priorität vor dem Schutz

der Nachtruhe. Eine unbegreifliche Argumentation, die ich durch mein Insistieren in der Bezirksversammlung Nord leider nicht verändern konnte.

Absurd? Ja, aber so geschehen in der Bezirksversammlung Nord am 16. 11. 2006.

Keine Rolle spielten auch die Auswirkungen auf die an der Trasse liegenden Immobilien. Diese verlieren natürlich mehr oder weniger an Wert. Besonders deutlich wird das am Beispiel von Wohnhäusern, die schwerer, wenn überhaupt noch, vermietbar sein werden. Denkbar sind aber auch Bauschäden an solchen Gebäuden, die unmittelbar an der Strecke liegen. Durch die höhere Belastung des Bahndamms kommt es auch zu einer zusätzlichen Belastung des darunter liegenden Untergrundes. Das kann zu einer nachträglichen Verdichtung (Konsolidierung) des Untergrundes und dieses wiederum zu Setzungen mit entsprechenden Rissen in den Wänden führen. Im Extremfall kann die Standsicherheit von Gebäuden gefährdet sein.

Die Linken wollen ja, dass mehr Güterverkehr von der Straße auf die Schiene verlagert wird. An dem Prinzip sollten wir auch nicht rütteln. Allerdings zeigt sich am konkreten Fall ein Zielkonflikt. Dieser kann m.E. nur durch eine Anpassung der gesetzlichen Regelungen an die heute existierenden Verhältnisse gelöst werden. Kurzfristig ist das, realistisch gesehen, jedoch kein Lösungsansatz.

Allerdings haben sich bereits diverse Initiativen gegründet, die politischen Druck von unten ausüben. Da der Senat und die Bahn sich als sehr „dicke Bretter“ erweisen, sollten wir Linken aktiv werden in den Stadtteilen entlang der Güterumgehungsstraße und uns gegen die Pläne von Senat und Bahn stellen.

In diesem Sinn beginnen sich in Barmbek-Süd und in Wandsbek Aktivitäten zu entfalten – unterstützt auch ihr die Betroffenen! *Peter Heim, WASG*

Für Rückfragen stehe ich gern zur Verfügung unter Tel. 040/ 22 697 243 oder unter der e-mail-Adresse: petheim@web.de.

P.S.: War da nicht etwas zwischen der Deutschen Bahn und dem Senat in Sachen HHLA? Und bahnt sich da nicht wieder etwas im gleichen Zusammenhang an?

Schelm, wer Böses dabei denkt!

* Erläuterung zum Begriff dB(A): dB(A) bezeichnet eine physikalische Einheit. Sie definiert den gemessenen Wert der Lautstärke eines Geräusches. Er gibt die Lautstärke annähernd gehör richtig wieder. (Eine Schallpegelerhöhung um 3 dB entspricht der Verdoppelung der Schallenergie. Diese Pegelerhöhung ist mit dem Ohr gerade wahrnehmbar. Eine Erhöhung oder Minderung um 10 dB wird subjektiv als eine Verdopplung oder Halbierung der Lautstärke empfunden.)

Kommunale Politik

Kein Verkauf städtischer Wohnungen, Keine Privatisierung der Wirtschaftsförderung: BOCHUM. Im Ausschuss für Arbeit, Wirtschaft und Grundstücke soll darüber entschieden werden, ob der Restbestand der städtischen Wohnungen verkauft und die städtische Wirtschaftsförderung ausgegliedert wird. Für beide Vorhaben ist die Linke.PDS-Fraktion nicht zu haben. „Die Stadt darf nicht ihre wenigen Möglichkeiten der Einflussnahme auf die örtliche Wohnungspolitik aufgeben, auch wenn der Bochumer Wohnungsmarkt zurzeit relativ entspannt ist. Die Oberbürgermeisterin selbst hatte sich noch im Sommer kritisch gegenüber dem Verkauf der landeseigenen Wohnungsgesellschaft LEG geäußert. Es macht also keinen Sinn auf kommunaler Ebene anders zu handeln und den städtischen Bestand zu privatisieren. Wir erkennen zwar die schwierige Haushaltsslage der Stadt an, aber sie darf nicht auf dem Rücken der Mieterinnen und Mieter saniert werden. Daher könnten wir gegebenenfalls einem Verkauf an die halbstädtische VBW zustimmen, aber nur, wenn der Kündigungsschutz dauerhaft gesichert würde. Da dies nicht der Fall ist, lehnen wir den vorliegenden Vorschlag ... ab.“ www-pds-ratsfraktion-bochum.de

Keine Verschlechterung der ZAAB-Busanbindung: OLDENBURG. In einem Brief an den Stadtrat Dr. Pantel schreibt die Fraktion der Linken Oldenburg: „In dem Beschluss der Stadt Oldenburg zur ZAAB Blankenburg heißt es: „Auch die Stadt Oldenburg ist sich ihrer Verantwortung gegenüber den in der ZAAB Blankenburg lebenden Menschen bewusst. Sie wird die in ihre Zuständigkeit fallenden Anliegen auf Verbesserungsmöglichkeiten hin untersuchen, u.a. eine verbesserte Busanbindung zwischen Stadtzentrum und ZAAB Blankenburg. Jetzt erreichte uns die Information, dass die Busanbindung der ZAAB mit dem Winterfahrplan weiter reduziert wurde, und auch an Sonntagen nach Auskunft des Servicecenters der VWG nur noch zweimal angefahren wird. Herr Emschermann führte in der NWZ vom 20.12.06 Rentabilitätsgesichtspunkte für diese Reduzierung an. Diese Politik der VWG steht in offensichtlichem Widerspruch zur politischen Intention der Resolution des Rates. Wir fordern die Verwaltung auf, wie in der Resolution vom Rat gefordert schnellstens mit dem Land Niedersachsen über eine Kostenbeteiligung bezüglich der Busanbindung in Verhandlungen einzutreten und die geschilderten Missstände abzustellen. Eine

Integration der Flüchtlinge und Migranten in unsere Gesellschaft hat natürlich auch materielle Voraussetzungen und kann nicht allein Rentabilitätsdenken untergeordnet werden.““

www.pds-oldenburg.de

Gegen 5%-Klausel: KIEL. Anke Sporrendon vom SSW kritisiert, dass die große Koalition eine „Modernisierung der kommunalen Demokratie“ blockiert. Wie die Grünen stört sie sich daran, dass SPD und CDU an der Fünf-Prozent-Hürde festhalten wollen. Außerdem fordert die SSW-Sprecherin, dass ein neues Verteilungsverfahren für die Sitze in den Kommunalparlamenten eingeführt wird, und die Wähler größere Auswahlmöglichkeiten bekommen. SSW, Grüne und FDP haben auf der Landtagssitzung Mitte Dezember einen entsprechenden Gesetzesvorschlag eingebracht, der jedoch keine Mehrheit fand. Die Grünen wollen nun eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht vorbereiten.

(LinX, www.sozialismus-jetzt.de)

Zahl der Grundsicherungsempfänger steigt: BERLIN. Die Landkreise stellen mit Sorge fest, dass die Zahl der Empfänger von Grundsicherung in den letzten Jahren enorm gestiegen ist. „Allein im vergangenen Jahr verzeichnen wir eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr um ein Fünftel. Derzeit beziehen weit über 600.000 Menschen diese kommunale Leistung, um ihr Existenzminimum zu sichern. Die Landkreise erbringen hier aufgrund eines Bundesgesetzes Leistungen in Höhe von insgesamt fast 3 Mrd. Euro. Diese Kostenentwicklung zeigt, dass es von immenser Bedeutung war, im Rahmen der Föderalismusreform I dem Bund die direkte Inpflichtnahme der Kommunen zu verbieten“, so der Präsident des Deutschen Landkreistages (DLT), Landrat Hans Jörg Dupré (Südwestpfalz). Menschen, die dauerhaft keiner Erwerbstätigkeit nachgehen können oder älter als 65 Jahre sind, erhalten Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, wenn eigene Mittel für den Lebensunterhalt nicht ausreichen. Hintergrund ist, dass der Bund mit dem Grundsicherungsgesetz eine neue Leistung geschaffen hat, ohne dafür den Kommunen die erforderlichen Finanzmittel zur Verfügung zu stellen. Er beteiligt sich lediglich mit jährlich 409 Mio. Euro an den Kosten der Landkreise und kreisfreien Städte. Gründe für die Entwicklung der Empfängerzahlen bei der Grundsicherung sah Dupré unter anderem in vorgelagerten Systemen der sozialen Sicherung. „Neben den sicherlich nicht zu unterschätzenden Auswirkungen der Alterung der Gesellschaft ist die Renten-

politik des Bundes ein großes Problem. Viele Menschen sind nicht mehr in der Lage, ihren Lebensunterhalt über Rentenbezüge zu bestreiten. Ziel einer vorausschauenden Rentenpolitik kann und darf es aber nicht sein, dass mehr und mehr Personen auf ergänzende Leistungen angewiesen sind und so zu Sozialhilfeempfängern werden. Die Rente und die private Altersvorsorge müssen das Existenzminimum abdecken“, erklärte Dupré abschließend.

www.dlt.de

Gezielte Fehlinformationen zu den Folgen von Basel II: BERLIN. Auch nach der Umsetzung der Eigenkapitalvorschriften im Rahmen von Basel II werden keine verschärften Eigenkapitalhinterlegungen für Kredite an Kommunen verlangt. Bei der Bewertung des Rückzahlungsrisikos gilt für Kommunen deshalb auch ohne zusätzliches Rating der Nullansatz. Darauf haben die kommunalen Spitzenverbände in einer gemeinsamen Erklärung anlässlich der Veröffentlichung der sogenannten Solvabilitätsverordnung hingewiesen. Die Hauptgeschäftsführer der kommunalen Spitzenverbände, Dr. Stephan Articus (Deutscher Städte- und Gemeindebund), Prof. Dr. Hans-Günter Henneke (Deutscher Landkreistag), und Dr. Gerd Landsberg (Deutscher Städte- und Gemeindebund), kritisierten: „Das Interesse einiger Beratungsfirmen als Verkäufer eigener Dienste ist klar durchschaubar. Um ihr eigenes Geschäft zu fördern, erwecken sie den Anschein, Basel II fordere neue Bewertungen des kommunalen Zahlungsrisikos. Das ist aber unzutreffend.“ ... Für Banken und Sparkassen treten ab dem 1.1.2007 neue Regelungen für die Absicherung ihrer Kreditrisiken in Kraft. In welcher Höhe dazu künftig Eigenkapital vorgehalten werden muss, hängt wesentlich von der Zahlungskräfte der Schuldner ab. Mit der Veröffentlichung der Solvabilitätsverordnung sind nunmehr auch national die letzten Festlegungen in Deutschland getroffen worden. In den Regelungen erhalten die deutschen Kommunen im Standardansatz dauerhaft ein Risikogewicht von Null. Die kommunalen Spitzenverbände heben hervor, dass bereits im April 2004 der damalige Bundesminister der Finanzen den Kommunen eine Beibehaltung des Nullansatzes zugesichert habe. „Stimmen aus Beraterkreisen oder auch von einzelnen privaten Banken, die den Kommunen beständig vorgaukeln, aufgrund der neuen Eigenkapitalvorschriften sei ein Rating erforderlich, entsprechen nicht der Wahrheit.“

www.dlt.de

(Zusammenstellung: ulj)

Aus der Diskussion der Gewerkschaftslinken – Beiträge aus Stuttgart, Artikel aus „Netzwerk-Info Gewerkschaftslinken“, Dezember 2006, entnommen aus Kommunale Berichte Stuttgart 26/2006

Betriebliche Aktionen und dann? Wie weiter nach dem 21.10.06

Wie es weitergehen soll scheint innerhalb der Gewerkschaften klar zu sein. Am 14.12.06 soll es einen flächendeckenden betrieblichen Informationstag zu den Themen Rente mit 67 und Gesundheitsreform geben (IG Metall in erster Linie Rente mit 67). Ende Januar oder Anfang Februar sollen betriebliche Kundgebungen möglichst während der Arbeitszeit oder in die Arbeitszeit hinein organisiert werden. Wichtig ist, dass sich die Gewerkschaften auf einen Tag einigen, an dem sichtbar die betrieblichen Protestkundgebungen stattfinden. Offensichtlich gibt es bundesweite Bestrebungen, dies zu tun. Teilweise organisieren Gewerkschafter auch schon im Dezember Kundgebungen oder gar Arbeitsniederlegungen (Bad Cannstatt, Krankenhäuser im Saarland). Sie können ein wichtiges Signal für die Aktionen Anfang nächsten Jahres sein.

Die Fortsetzung der Proteste in den Betrieben ist der richtige Weg, den die Gewerkschaftslinken unterstützen wird. Positiv ist die Zusitzung auf die Themen Rente mit 67 und Gesundheitsreform. Entscheidend wird sein, dass die Kollegen/innen das Gefühl bekommen, dass es die Gewerkschaften ernst meinen und ein zentrales Regierungsvorhaben zu Fall bringen wollen. Dazu wird auch ein betrieblicher Aktionstag nicht ausreichen. Deshalb ist es wichtig, jetzt schon die Diskussion darüber zu führen, welcher Schritt danach gegangen wird.

Durchaus kontrovers wird diskutiert, ob wir weitere Aktionstage folgen lassen sollen, verbunden mit öffentlichen Kundgebungen in allen Städten oder ob es richtig ist, danach wieder zu Demonstrationen aufzurufen. Eine zentrale Demonstration ist wegen des engen Zeitplans kaum realistisch. Deshalb müssten es dezentrale Demonstrationen in allen Städten sein. Bei betrieblichen Aktionen ohne Demonstrationen bzw. öffentliche Kundgebungen bleiben die Gewerkschaften unter sich. Wichtig ist aber, dass wir gemeinsame Protestformen mit unseren Bündnispartnern finden und auch Teile der Bevölkerung, wie RentnerInnen, Schüler/Student-Innen, Erwerbslose, bei den Protesten beteiligt werden. Was besser ist, müsste jetzt schnell diskutiert und zwischen den Gewerkschaften abgeklärt werden. Grundsatz ist, dass öffentliche und be-

→ triebliche Protestformen sich ergänzen.

Bei ver.di Stuttgart wurde auch diskutiert, dass die Aktionen durch permanente Aufklärung über die Mythen und Dichtungen der neoliberalen Politik begleitet werden müssen. Zwar haben die einzelnen Maßnahmen der Regierung keine Mehrheit mehr, aber das permanente liberale Begleittrauschen hindert viele am entschiedenen Protest. Die Risse in der neoliberalen Ideologie müssen sichtbar vergrößert werden. Ein zentraler Punkt ist dabei die Verteilungsfrage, die wie ein roter Faden unsere Informations- und Aufklärungsarbeit durchziehen müsste.

*Bernd Rixinger, Zukunftsforum
Stuttgarter Gewerkschaften*

Der politische Streik ist unverzichtbar

Seit dem Streik 1952 gilt der politische Streik als unerlaubte Einflussnahme auf die Organe der parlamentarischen Demokratie. Doch das Streikrecht hat in den Verfassungstexten nicht die Einschränkungen, die später das Arbeitsgericht vorgenommen hat. Vom Arbeitsgericht wurde das Streikrecht auf tarifvertragsfähige Ziele, die sich an den Adressaten Arbeitgeber richten, eingeschränkt. Die Verfassungsgarantie des Streikrechts gilt unbegrenzt, losgelöst vom Streikgegenstand und vom Streikziel. Diese nationale Begründung kann durch Richterrecht nicht aufgehoben werden. Alles, was den politischen Streik einschränkt oder für illegal erklärt, ist das Produkt von Gerichtsent-

scheidungen.

Der erste politische Streik nach Entstehen der Bundesrepublik fand im Frühjahr 1952 gegen den Regierungsentwurf zum neuen Betriebsverfassungsgesetz statt. Die bedeutsamste Protestaktion dazu war der Streik im Zeitungswesen im Mai 1952. Nach dieser politischen Auseinandersetzung wurde jeder Arbeitskampf von einer antigewerkschaftlichen Kampagne von Politik, Wirtschaft und Massenmedien begleitet. Permanent wird eine Einschränkung des Streikrechts gefordert. Zu einer scharfen politischen und juristischen Auseinandersetzung kommt es über die Frage, ob die Gewerkschaften zur Durchsetzung ihrer Ziele einen politischen Streik führen dürfen. Am Ende dieser Kampagne wird das Streikrecht durch das Bundesarbeitsgericht (BAG) eingeschränkt. Es stellt am 28. Januar 1954 fest, dass Streiks nur dann zulässig sind, wenn ihnen Forderungen zugrunde liegen, zu deren Erfüllung die gegnerische Tarifvertragspartei in der Lage sein müsse. Dieses Urteil bedeutet die Rückkehr zur Rechtsprechung aus der Weimarer Republik. Das BAG legalisiert Aussperrungen mit der eindeutigen Absicht, die Kampfkraft der Gewerkschaften zugunsten des Kapitals zu schwächen. Wenig später werden die Streikmöglichkeiten der Gewerkschaften weiter eingeschränkt. Im November 1958 wird in einem Urteil des BAG festgelegt, dass ein Arbeitskampf unzulässig ist, wenn nicht alle Verhandlungsmöglichkeiten ausgeschöpft sind. Im Dezember 1963 werden in einem weiteren BAG-Urteil Streiks für unzulässig erklärt, die politische Ziele verfolgen oder die nicht von gewerkschaftlicher

Seite geführt werden („wilde Streiks“).

Wir haben in der BRD das reaktionärste Streikrecht und reaktionärste Praxis von der ganzen EU. In allen anderen Ländern ist der politische Streik erlaubt. Jenseits der nationalen Rechtsprechung gibt es eine Europäische Sozialcharta (Artikel 6, 4. Absatz) und die Internationale Arbeitsorganisation ILO, deren Übereinkommen kraft Völkerrecht in der Bundesrepublik zu beachten sind. Beide sehen ein Streikrecht ohne die bundesdeutschen Einschränkungen vor. Schon wiederholt hat darum der Sachverständigenausschuss der ILO die deutsche Rechtspraxis gerügt.

Immer wieder haben in der BRD politische Streiks stattgefunden, so 1996 für den Erhalt der Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle, 2003 der Streik in Schweinfurt gegen die Agenda 2010 und jetzt ganz aktuell am 6. Dezember 2006 in Salzgitter gegen die geplante Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre. 4000 KollegInnen von VW, Bosch, Alstom, MAN und Salzgitter AG beteiligten sich an der einstündigen Kundgebung während der Arbeitszeit.

*Christa Hourani, Zukunftsforum
Stuttgarter Gewerkschaften*

Metalltarifrunde: Richtig zulangen!?

Die Metalltarifrunde rückt näher und die Öffentlichkeit wurde durch Ansagen aufgeschreckt, dass diesmal mehr gefordert werden könnte wie zuletzt. Noch stehen die Diskussionen in den Betrieben aus, die Entscheidungen fallen erst im Februar.

Aus dem Blickwinkel der wirtschaftlichen Entwicklung scheint eine höhere Forderung angebracht. Die Unternehmen machen so fette Gewinne, dass sich rückwirkend noch einmal bestätigt, dass Forderung (5%) wie Abschluss (3%) im letzten Jahr zu niedrig waren.

Die Tarifrunde ist allerdings für viele Betriebe die erste nach ERA – dem neuen Entgelt-System. ERA wirkt auf zwei Wegen in die nächste Runde:

Erstens gehen die Unternehmen bei der Neueinstufung gerade der bestorganisiertesten Arbeiter am rabiatesten vor. Wie weit ihnen der Tarifvertrag dazu die Vorlage gibt, muss in einer Kritik dieses Vertragswerks noch bilanziert werden. Sicher ist, dass die Frage, ob die Betroffenen hierfür die Schuld bei der IG Metall oder bei den Unternehmen suchen, entscheidend für ihre Haltung in der Tarifrunde sein wird. Dies hat zugleich etwas damit zu tun, wie die ERA-Einführung in den Betrieben abläuft. Wie weit werden die Belegschaften von den Betriebsräten überhaupt mit einbezogen?



Rund 220000 Menschen haben am 21. Oktober in Berlin, Stuttgart, Dortmund, München, Frankfurt/Main gegen Sozialabbau protestiert. In Berlin versammelten sich 80.000 Menschen vor dem Brandenburger Tor. In Stuttgart waren es 45.000, in Frankfurt 20.000, in Dortmund 40.000 und in München 35.000. Der DGB hatte sich das Motto „Das geht besser! Aber nicht von allein!“ ausgesucht, Gewerkschaftslinke, soziale Initiativen und Bündnisse setzten ein „Das geht nur ganz anders“ dagegen. Die Gewerkschaftslinke trat mit ihren Transparenten für „10 Euro Mindestlohn“ ein.

Die neue Ausgabe von „regionaler Impuls“ berichtet aus IG Metall-Diskussion zum Thema „Besser statt billiger“, womit auf eine Stärkung der Facharbeit und arbeitsorientierter Arbeits- und Produktionsbedingungen abgehoben wird. Ein Gegenbeispiel wird hier vorgestellt:

Demontage der Montage-Gruppenarbeit bei DaimlerChrysler

Zurück zum Sekundentakt

„Bei DaimlerChrysler in Stuttgart haben sich zwei „Produktionswelten“ herausgebildet: die Montagen und die Fertigungen. Die qualifikatorischen Anforderungen in der Fertigung sind noch immer sehr anspruchsvoll: Der Arbeitsschwerpunkt liegt darin, die kapitalintensiven Maschinen und Anlagen mit einer hohen Verfügbarkeit zu fahren, bei einem Null-Fehler-Ziel. Hier hat sich die qualifizierte Gruppenarbeit „gehalten“, da die MitarbeiterInnen unmittelbar und flexibel reagieren müssen. Das geht nur in einer Arbeitsorganisation, die Selbstorganisation und -steuerung zulässt. Grundlage ist eine möglichst hohe und homogene Qualifikation. In den Montagen ist eine Retaylorisierung zu beobachten. Mitte der 90er Jahre wurde daran gearbeitet, eine qualifizierte Gruppenarbeit in den Montagen zu verankern, um die Bandmontage anzureichern und zu

längerem Takten zu kommen. Die Monotonie der Montagearbeit sollte aufgebrochen und die Qualifikation der KollegenInnen genutzt werden.

Ende der 90er Jahre änderte sich das. Die neue Vorgabe lautete: „Die Steigerung der Attraktivität der Arbeit ist neben der Effizienzsteigerung für die Unternehmen bei der Rationalisierung kein gleichrangiges Ziel mehr.“ Vorhandene fortschrittliche Montagekonzepte kamen aufgrund verschärfender Wettbewerbssituation in der Automobilindustrie unter massiven Druck. Neuanlagen mussten billiger und Aggregate so konstruiert werden, dass der erforderliche Montageaufwand geringer wird. Die Aggregate sollen einfacher und fehlerfrei zu montieren sein, deshalb werden den Montagebeschäftigte Vorgaben vorgegeben, wie und in welcher Reihenfolge zu montieren ist. Jeder Handgriff ist exakt vorgegeben und zeitlich vorbestimmt, aber alle sind 100-prozentig für ihre „Teilarbeit“ am Gesamttaggregat verantwortlich: eine monotone, anforderungsarme und teilweise physisch einseitig belastende Arbeit bei gleichzeitig hoher Verantwortung. Vor dieser Entwicklung sind die Bestrebungen der Arbeitgeberverbände zu sehen, Ausbildungsberufe diesen Bedingungen anzupassen.

Dieter Gerlach IG Metall-Betriebsrat bei DaimlerChrysler UT

Zweitens kann es Belegschaften geben, bei denen schon diesmal den ERA-Verlierern die Tarif erhöhung angerechnet wird. Dies kann (in Baden-Württemberg) bis zu 10% betragen. Natürlich ist es auch für diese Beschäftigten gut, die 10% so schnell wie möglich wieder in den Geldbeutel zu bekommen, dennoch dürften sie nicht sonderlich motiviert sein.

Die nächste Tarifrunde birgt also für die Tarif-Strategen der IG Metall die Gefahr, dass die Verärgerung der Basis noch nicht einzuschätzen ist. Vielleicht sollen aber die früh veröffentlichten „hohen Forderungen“ gerade den ERA-Ärger besänftigen. Was heißt hier eigentlich hoch? Der Vorschlag aus den Vorstandsetagen spricht von 5,5 bis 6,5 %. Bei einem Rationalisierungsgewinn von 8% in der Metallindustrie nicht unbedingt viel.

Eine gute Möglichkeit zur Mobilisierung bietet die steigende Unzufriedenheit mit der Abzocke durch die Regierung. Hier heben die Tarifpolitiker so-

gleich warnend die Hände – die Mehrwertsteuererhöhung und die anderen Belastungen könnten die Tarifpolitik nicht wettmachen. Hier ist ein wichtiger Ansatzpunkt für die Linke: die Regierungspolitik ist genauso Umverteilungspolitik wie die Tarifpolitik der letzten Jahre – eine Umverteilung zugunsten des Kapitals. Auch für die Unternehmer ist die Form egal, mit der sie angreifen. Steuerliche Entlastungen durch die Regierung sind für sie kein Anlass, Arbeitsplätze zu erhalten oder Löhne zu erhöhen.

Statt formalistisch in Tarif- und Sozialpolitik zu trennen, gilt es, eine breite Mobilisierung gegen den Generalangriff auf allen Ebenen aufzubauen! So wie letztes Jahr das Ende der Tarifrunde die Regierung zu neuen Grausamkeiten ermutigen konnte, könnte der Widerstand gegen den Sozialabbau jetzt die Tarifrunde beflügeln und umgekehrt.

Matthias Fritz, Zukunftsforum Stuttgarter Gewerkschaften

Sicherung des staatlichen Glückspielmonopols in der Diskussion.

FAZ, Mi. 13.12.06. Der Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien (BITKOM) kritisiert das Vorhaben der Bundesländer scharf, einen neuen Staatsvertrag abzuschließen im Hinblick auf das geplante Verbot von Internetwetten. In Zukunft sollen demnach nur die Länder Lotterien, Wetten, Spielbanken und sonstiges Glücksspiel veranstalten dürfen. Zudem soll das Werben für Glücksspiele weitgehend eingeschränkt werden. Auch das Münchner IFO-Institut warnte vor dem Verlust von Arbeitsplätzen in der privaten Wettbranche, wenn das staatliche Wettmonopol ausgeweitet würde. EU-Binnenmarktkommissar C. McCreevy hatte bereits angekündigt, er werde den geplanten Staatsvertrag zum Lotteriewesen nicht hinnehmen. Er verstoße gegen die Dienstleistungsfreiheit im Binnenmarkt.

Zentralverband des deutschen Handwerks fordert bessere Bildungspolitik.

FAZ, Sa. 23.12.06. Der Präsident des ZDH O. Kentzler lobt die Bundesregierung für ihre Steuerpolitik: „Wir mussten zu Beginn ja die Sorge haben, dass die Reform der Unternehmensbesteuerung nur für Kapitalgesellschaften galt. Nun soll sie auch Personengesellschaften entlasten. Das ist der richtige Weg ...“ Die drei wichtigsten Themen seien Bürokratieabbau und Arbeitsmarktpolitik. „Was wir aber dringend brauchen, ist eine besser koordinierte Familien- und Bildungspolitik. Jeder zehnte geht heute ohne Abschluss von der Schule. ... das ist eine Katastrophe, für die jungen Leute, für die Betriebe, denen auf Sicht die Facharbeiter fehlen, für die ganze Gesellschaft.“

DIHK: Einstellungshürden für gering Qualifizierte lockern! FAZ, Fr. 5.1.07.

Fast zwei Drittel aller Unternehmen würden zusätzlich gering Qualifizierte beschäftigen, wenn die vergleichsweise hohen Arbeitskosten für Einfacharbeiten gesenkt würden. Ein Drittel bezeichnet die restriktiven Befristungsmöglichkeiten und den Kündigungsschutz als Hauptproblem, ein weiteres Drittel eine zu geringe Produktivität und Qualität der Arbeit sowie fehlende Motivation der Bewerber. Senkung der Lohnzusatzkosten für Einfacharbeiten sei die Hauptforderung der DIHK, etwa durch die Einführung einkommensunabhängiger Prämien zur Finanzierung der Kranken- und Pflegeversicherung. Arbeitsverträge sollen außerdem nicht für zwei, sondern für vier Jahre sachgrundlos befristet werden. Ebenso wichtig sei der Verzicht auf Mindestlöhne und auf breit angelegte Kombilohnmodelle.

Presseauswertung: rst

„Wir würden sehr gerne an Schulen gehen“

Die israelische Menschenrechtsorganisation „Machsom Watch“ dokumentiert das Geschehen an den Checkpoints im Westjordanland. Ein Interview mit der Mitbegründerin Roni Hammermann

Die 2001 gegründete Menschenrechtsorganisation, die aus israelischen Frauen besteht, hat es sich zur Aufgabe gemacht, das Geschehen an den israelischen Checkpoints in der palästinensischen Westbank und in Jerusalem zu dokumentieren, für die Menschenrechte der dort passierenden Palästinenser einzutreten und die dokumentierten Geschehnisse öffentlich zu machen. (www.machsomwatch.org) Roni Hammermann, in Israel und Wien aufgewachsen, ist seit 1969 in der Friedensbewegung aktiv. Das Interview, das wir im Folgenden dokumentieren, wurde Ende November 2006 in Berlin geführt und Anfang Januar 2007 durch Zusatzfragen aktualisiert. (Interview: Martin Forberg)

Was ist Ihre Motivation für Ihr Engagement bei „Machsom Watch“?



Meine ursprüngliche Motivation dafür stammt aus dem Holocaust. Es hat sehr viel mit meinem jüdischen orthodoxen ungarischen Großvater zu tun, der in Auschwitz mit seinem jüngsten Sohn ermordet wurde. Bevor er ermordet wurde, hat er dort einen jungen Lagerinsassen aus seiner Heimatstadt getroffen und ihn angelebt, alles zu tun, um am Leben zu bleiben, damit er erzählen kann, was er in Auschwitz gesehen und erfahren hat. Dieser junge Mann hat tatsächlich überlebt und hat dann der Familie meiner Mutter, als sie aus der Emigration nach dem Krieg zurück kamen, erzählt, was er in Auschwitz gesehen und erlebt hatte. Und diesen Auftrag, zu sehen, zu erfahren, bewusst, ganz bewusst zu erfahren, was

um mich herum an Unrecht geschieht oder wo es Unterdrückung gibt und Verfolgung, das habe ich von meinem Großvater als Vermächtnis mitbekommen. Und ich glaube, dass es eine sehr wichtige Sache für mich ist, auch mein Herz dem Leiden anderer zu öffnen. Und nicht nur dem eigenen. Ich kann mir nicht vorstellen, dass man gegen Antisemitismus kämpft und gleichzeitig die Unterdrückung eines anderen Volkes bejaht.

Als die zweite Intifada am Ende des Jahres 2000 begonnen hat, haben wir in der Zeitung gelesen, dass eine Frau am Checkpoint gebären musste. Das hat mich in eine ganz schreckliche Erschütterung versetzt. Ich habe mich umgeschaut, wie meine Freundinnen darauf reagieren, und habe gesehen, dass ich

hen gemeinsam während der Stoßzeiten zu den Checkpoints. Wir beobachten dort, wie das Überqueren der Checkpoints vor sich geht und wie sich die Soldaten verhalten. Wir schreiten ein, wenn es notwendig wird. Nach jeder Schicht schreiben wir einen Bericht, den wir dann auf unserer Homepage publizieren. Das ist eigentlich unsere Haupttätigkeit, denn wir wollen der Bevölkerung, besonders unserer Bevölkerung, der israelischen Bevölkerung, klar machen, was in ihrem Namen an den Checkpoints geschieht. Wir versuchen, so viel als möglich auch in den Medien aufzutreten und bei dieser Gelegenheit unsere Erfahrungen weiterzugeben und bekannt zu machen, dass diese Checkpoints nicht wirklich der Sicherheit dienen – unter dem Vorwand der Sicherheit wurden sie ja aufgestellt – sondern sehr viel mehr der Kontrolle und der Schikanie der palästinensischen Bevölkerung.

Was haben Sie in der letzten Zeit an den Checkpoints erlebt?

Wir sehen immer wieder, dass das Netz der verschiedenen Methoden, die Bevölkerung in ihrer Bewegungsfreiheit zu hindern, ausgebaut wird. Es gibt die verschiedensten Methoden, die Bewegungsfreiheit zu beschränken, und sie alle zusammen machen irgendeine Art eines normalen Lebens fast unmöglich.

Menschen, die zur Arbeit, in die Schule, zum Studium, zum Arzt, zu einem Familienbesuch oder einfach zur Bank gehen wollen oder wenn sie einmal in eine Stadt gehen müssen, müssen wenigstens einen oder mehrere Checkpoints passieren. An diesen Checkpoints kommt es zu ständigen Auseinandersetzungen und Reibungen zwischen der Zivilbevölkerung und der israelischen Armee. An den bemannten Checkpoints wird ununterbrochen nach Bewilligungen gefragt. „Haben Sie die entsprechende Bewilligung, dort hinzugehen?“ Unter anderem auch innerhalb der Westbank. Die Palästinenser sind in einer ganz schrecklichen wirtschaftlichen Krise, die eben dadurch hervorgerufen wurde, dass sie sich in keiner Form frei bewegen können. Sie verlieren auch ihre Arbeit sehr häufig, weil sie regelmäßig zu spät in die Arbeit kommen, weil sie nicht in die Schulen kommen, oder als Angestellte in die Spitäler. Der Gesundheitszustand der Palästinenser ist auf einem ganz fürchterlich niedrigen Niveau. Es ist ein Riesenproblem, zu einem Arzt zu

nicht die Einzige war, die diesen Schock bekommen hat.

Wir haben eine Tätigkeit gesucht, in der wir versuchen zu verstehen, warum es zu so einer schrecklichen Situation kam. Was geschieht an den Checkpoints? Seit damals sind wir sehr gewachsen, wir waren zehn, zwölf Frauen am Anfang, heute sind wir ca. 450 im ganzen Land. Wir besuchen ganz regelmäßig 32 Checkpoints, hauptsächlich innerhalb der Westbank, einige natürlich auch in der Jerusalemer Gegend. Das sind wirkliche, echte Grenzcheckpoints, Kontrollpunkte an den Grenzen, aber die meisten sind innerhalb der Westbank, was ja leider nicht so bekannt ist.

Wir schließen uns zu Gruppen von zwei bis vier Frauen zusammen und ge-

kommen, es ist ein Riesenproblem, in eine Stadt hinein zu kommen und eine Operation an einer dieser Kliniken zu haben.

Es ist leider so, dass auch in den letzten sechs Jahren noch 36 Frauen zusätzlich zu denjenigen, über die ich anfangs gesprochen habe, an den Checkpoints gebären mussten, weil sie dort gewartet haben – etwa weil die Soldaten ihnen nicht geglaubt haben, dass sie schon Wehen haben, weil sie nicht danach ausgesehen haben, oder weil aus irgendwelchen Gründen der Checkpoint total abgeriegelt war, und daher konnten sie überhaupt nicht durch, egal unter welchen Umständen. Also es haben weitere 36 Frauen an den Checkpoints gebären müssen, dabei sind 60% der Kinder gestorben.

Es hat auch sehr, sehr schlechte langfristige Wirkungen auf das Erziehungssystem. Häufig findet der Schulunterricht nicht statt: Kinder gehen nicht in die Schule, weil die Lehrer nicht in die Schule kommen, oder die Schüler kommen selbst nicht in die Schule. Das allgemeine Bildungsniveau der Kinder sinkt. Es hat auch sehr schwere Auswirkungen auf die Psychologie der Palästinenser, denn diese vielen Erniedrigungen, die sie erleben müssen unterwegs, diese Gewaltanwendung seitens der Soldaten, die manchmal wirklich vorkommen, und das unendlich lange Warten an den Checkpoints bringt die Menschen dazu, ihre Einstellung zu radikalisieren. Eine der typischen palästinensischen Erfahrungen ist eben dieses Warten an den Checkpoints, damit sie geöffnet werden, damit man sie durchlässt, damit sie wieder geöffnet werden, weil sie aus irgendwelchen Gründen geschlossen werden, sehr häufig zur Bestrafung. Man nimmt den Leuten die Personalausweise weg und sagt ihnen: „Warte einmal, sitz’ Deine Strafe ab.“ Manchmal unter extrem unangenehmen Bedingungen – die Hände werden gefesselt, die Augen werden ver-



bunden, man muss in einer kleinen Zelle sitzen, die an sich nicht für diese Zwecke bestimmt war, als sie gebaut wurde, sondern für Leibesvisitationen usw. Oder je nach Jahreszeit als Strafe in der Sonne sitzen oder im Regen. Das Warten ist also zu DER palästinensischen Erfahrung geworden.

Welche Bedeutung hat in diesem Zusammenhang das Treffen zwischen Olmert und Abbas, das im Dezember stattfand? Der israelische Ministerpräsident hat ja die Schließung von Checkpoints angekündigt.

Jedes Gespräch ist besser als das Fehlen von Dialog. Aber dieses Gespräch kommt eineinhalb Jahre zu spät, nachdem Israel alles getan hat um Abu Mazens Prestige auf den Nullpunkt zu bringen. Olmert fehlt es an jeglicher Einfühlungsgabe in die Situation von Abu Mazen ... Er versteht auch nicht die zentrale Bedeutung, die die Gefangenenaufnahme für die Palästinenser hat. Er glaubt, dass, wenn er von den 500 Millionen Dollar, die er den Palästinensern schuldet, 100 Millionen zurückgibt, werden ihm alle zufallen. Er glaubt, wenn er verspricht, einige lächerliche

Checkpoints aufzulassen, dass sich etwas an der allgemeinen Lage der Palästinenser ändern wird. Einstweilen jedenfalls konnten wir nicht feststellen, dass auch nur ein einziger Checkpoint entfernt wurde.

Welche konkreten Auswirkungen hat die Mauer gegenwärtig?

In den letzten Monaten, man könnte sogar sagen im letzten Jahr, gab es sehr viel weniger Selbstmordattentate – nicht so sehr, weil die Mauer ihre

Wirkung gehabt hat. Sondern weil eine Art Waffenstillstand geschlossen wurde zwischen den Palästinensern und den Israelis, und zwar zwischen Hamas und Israel. Und Hamas hat sich erstaunlicherweise ganz strikt an die Waffenstillstandsbedingungen gehalten. Und erst als die Israeli wieder einmal gezielte Tötungen in den besetzten Gebieten durchgeführt haben, hat dieser Waffenstillstand nicht mehr gehalten.

Man kann sich seinen Feind nicht auswählen, die Hamas wurde in demokratischen Wahlen gewählt, und Hamas muss jetzt die Verhandlungen führen. Das kann man nicht umgehen.

Wie beurteilen Sie in diesem Zusammenhang den Waffenstillstand im Gazastreifen?

Der Waffenstillstand im Gazastreifen steht leider auf sehr wackeligen Beinen. Die Palästinenser halten ihn nicht ein, und die Israelis greifen in der West Bank ganz hart durch. Das kann noch keine Grundlage für Verhandlungen sein.

Was ist für die Strategie der israelischen Regierung und der israelischen Armee



ausschlaggebend? An sich ist dieser Weg doch – wenn es um Sicherheit geht – genau der falsche Weg. Wie verbinden sich da mögliche Sicherheitsüberlegungen und die Ziele der Besetzung?

Die Fakten, die in den besetzten Gebieten gesetzt werden, sehen danach aus, als hätte die israelische Regierung nicht das geringste Interesse an Friedensgesprächen. Denn sie hat es durch diese Beschränkung der Bewegungsfreiheit auf verschiedenen Wegen – durch die Mauer, durch die verbotenen Straßen, durch die Checkpoints – soweit gebracht, dass heute schon die Westbank in voneinander getrennte Kantone geteilt ist. Heute schon ist die Westbank mit einem Netz von Straßen überzogen, die nur als Apartheidstraßen zu bezeichnen sind, weil die Palästinenser darauf nicht fahren dürfen. Und mit einem Netz von Checkpoints – und mit Siedlungen, die sich täglich ausweiten. Es sieht danach aus, als wäre es eigent-



lich unmöglich, auf dieser geographischen Einheit, die sich Westbank nennt, je einen lebensfähigen palästinensischen Staat gründen zu können.

Inwiefern können Sie die israelische Bevölkerung beeinflussen? Sie sind ja sehr präsent in den Medien als Organisation „Machsom Watch“. Gehen Sie beispielsweise auch an Schulen?

An Schulen würden wir sehr gerne gehen, werden aber nicht zugelassen. Da kann das Militär mit seinen Vertretern ganz ohne Schwierigkeiten hinein, aber wir können leider nicht hinein. Denn das wäre wahrscheinlich das Allerwichtigste. Solange wir die Besatzung unilateral aufrechterhalten und Israel allein die Regeln festsetzt und nicht in Gemeinschaft mit den Palästinensern, wird sich nichts ändern. Das heißt, was wir der Bevölkerung zu sagen haben, ist etwas sehr Einfallsloses und Einfaches, und das ist: Nur der Dialog, nur das Gespräch, nur die Bereitschaft zu Kompromissen beiderseits kann zu einer Änderung führen. Sonst wird das also so weitergehen und schlimmer und schlimmer.

Welche Rolle spielt es, dass „Machsom Watch“ eine Frauenorganisation ist – erstens gegenüber den Soldaten an den Checkpoints, und zweitens in der israelischen Gesellschaft, in den Diskussionen in Ihrem Alltag? Der militärische Diskurs, der wohl in Israel ziemlich wichtig ist, wird ja nicht so sehr von Frauen getragen.

Die Frauen sind an diesem militärischen Diskurs, der die israelische Gesellschaft total bestimmt, nicht in vollem Ausmaß beteiligt, obwohl Frauen auch in die Armee gehen und dort dienen. Aber nach dem Armeedienst müssen Frauen keinen Reservedienst mehr machen. Und daher ist die Tatsache, dass wir Frauen sind, einerseits auch aus pragmatischen Gründen günstig, denn die Soldaten sehen in uns nicht Kolle-



gen, die halt in zwei Monaten ins Militär wieder für einen Monat kommen werden, und die Palästinenser auch nicht: Also, wir sind keine Soldatinnen mehr.

Andererseits haben wir auch eben aus diesem Grund, dass wir in diesen militärischen Diskurs nicht so voll und ganz eingebunden sind, Möglichkeiten, uns als Vertreter der Zivilgesellschaft zu sehen und daher eine Alternative darzustellen für diesen militärischen Diskurs und auch Rechenschaft zu fordern von der Armee. Einfach als Bürgerinnen und Staatsbürgerinnen. Und mit dieser Einstellung kommen wir auch an die Checkpoints. Wenn die Soldaten sagen, „ihr könnt hier nicht sein“, behaupten wir, das stimmt nicht. Wir sind israelische Staatsbürgerinnen und wir haben das Recht, zu wissen, was in unserem Namen vor sich geht, auch als Nicht-Militärs. Und ich glaube, dass das eine sehr wichtige Funktion ist, Vertreterinnen der Zivilgesellschaft zu sein, aber bewusst gegen die Militärgesellschaft, die so unerhört stark in Israel verankert ist und zu bestimmen hat. Ich glaube, dass uns das paradoxerweise auch die Kraft gibt. Wir werden als solche akzeptiert. Es ist akzeptiert worden, sozusagen in der Praxis, dass wir eben an den Checkpoints sein können.

Akzeptiert von wem?

Vom Militär. Wir sind die erste Gruppe von Zivilisten, die sagen: „Wir sind Zeugen, wir sind Zeugen dessen, was ihr in den besetzten Gebieten durchführt.“ Und das kann sehr unangenehm für sie sein. Denn die besetzten Gebiete sind weit weg von israelischen Zentren, und die Israelis halten sich dort nicht auf.

Was soll die internationale Gemeinschaft, was sollen die Europäische Union und die Bundesrepublik Deutschland tun? Sollte die Druck auf die israelische Regierung ausüben, oder

freundliche Gespräche führen oder beides?

Ich glaube, es ist doch höchste Zeit, dass die Europäische Union, der ja auch Deutschland angehört, ganz starken Druck auf Israel ausübt und es darauf hinweist, dass es die Menschenrechtskonvention einhalten muss. Und man darf sich nicht dadurch einschüchtern lassen, dass Israel diejenigen, die Kritik an der israelischen Regierungspolitik üben, als Antisemiten bezeichnet. Man muss sagen: Eines hat mit dem anderen nichts zu tun. Antisemitismus ist eine Sache, und gegen den kämpfen wir auf ganz eindeutige Weise, und Verletzungen von Menschenrechten, Unterdrückung, Entrechtung ist eine andere Seite. Und dagegen stellen wir uns ganz eindeutig. Ein Boykott, der nicht von der internationalen Gemeinschaft unterstützt wird, hat sehr wenig Sinn, ist nicht so wirkungsvoll.

Andererseits kann man versuchen, auch diesen Boykott in größeren Dimensionen durchzuführen, besonders als Absage, gewisse Produkte an Israel zu verkaufen, die im Militär benutzt werden. Da müssten wir ganz klar sagen: Solange das Militär Verletzungen von Menschenrechten begeht, werden wir gewisse Produkte, die im Militär benutzt werden, eben nicht liefern. Diese Art natürlich wäre sehr viel wirkungsvoller als – sagen wir einmal – Boykott von Lebensmitteln oder solche Sachen, die ja auch irgendwann einmal diskutiert werden, aber meiner Meinung nach wenig Sinn haben. Nichtsdestoweniger ist es sinnvoll, auch in Gesprächen ganz klar zu erklären, dass wir Israel daran erinnern, dass es die Genfer Konvention unterschrieben hat, und dass sie sich in keiner Weise danach verhält.

(Gefunden unter: <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/Welcome.html> Dort ohne weitere Quellenangabe)
Alle Bilder: www.machsomwatch.org



„Dann können wir auch alle nackt rumlaufen“ – Diskussion über eine verbrecherische Groteske oder ein groteskes Verbrechen

Seit Monaten beschäftigt der Fall El Masri Medien und, mittlerweile, auch das Parlament in Form eines Untersuchungsausschusses. Am 4.12.06 lud die Initiative bayerischer Strafverteidigerinnen und Strafverteidiger zu einer hochrangig besetzten Podiumsdiskussion unter dem Titel „Der Fall El-Masri – Rechtsfreier Räume im Namen der Terrorbekämpfung“. Dass das Thema nicht nur juristische Fachkreise interessiert, beweist die Tatsache, dass der große Saal des Münchener Eine-Welt-Hauses vollständig gefüllt war.

Zu Beginn gab Angelika Lex, Vorsitzende der Initiative, einen Überblick über das bisherige Geschehen:

Der deutsche Staatsbürger Khaled El Masri wurde am 3.12.2003 aus einem Bus an der mazedonischen Grenze verschleppt und an den amerikanischen Geheimdienst CIA übergeben. Von diesem wurde er im Flugzeug über Bagdad nach Kabul und dort in ein als „Salzhöhle“ berüchtigtes Gefängnis verschleppt. Erst im Mai 2004 wurde er auf direkten Befehl der amerikanischen Außenministerin Condoleezza Rice freigelassen und über Tirana nach Frankfurt geflogen.

In diesem Zusammenhang wurde auch der damalige Innenminister Otto Schily durch amerikanische Behörden, kurz darauf die gesamte Bundesregierung, durch den mittlerweile von El Masri eingeschalteten Rechtsanwalt Manfred Gnjdic informiert.

Im Juni 2005 erhält erstmals die Öffentlichkeit, zunächst durch einen Artikel der „New York Times“, Kenntnis von dem Vorfall. Kurz darauf berichten auch die „Süddeutsche Zeitung“ und weitere deutsche Medien. Nachdem sich der Generalbundesanwalt für unzuständig erklärt hat, wendet sich nun die Staatsanwaltschaft München I mit einem Rechts hilfesuchen an die amerikanische Justiz.

Im Mai 2006 wird ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss eingerichtet. Kurz darauf berichtet die „SZ“ erstmals, dass die Bundesregierung bereits informiert gewesen war. Es kommt zu einem Eklat, als die

„SZ“ zudem berichtet, dass auf Veranstaltung der Staatsanwaltschaft München I Rechtsanwalt Gnjdic abgehört wurde. Vor dem Untersuchungsausschuss erklärt Otto Schily, er habe geschwiegen, da dies mit den amerikanischen Behörden vereinbart gewesen sei.

Angelika Lex betonte, dass es sich um einen notwendigerweise unvollständigen Abriss der Ereignisse und Versäumnisse der Behörden und insbesondere der Münchener Staatsanwaltschaft handelt.

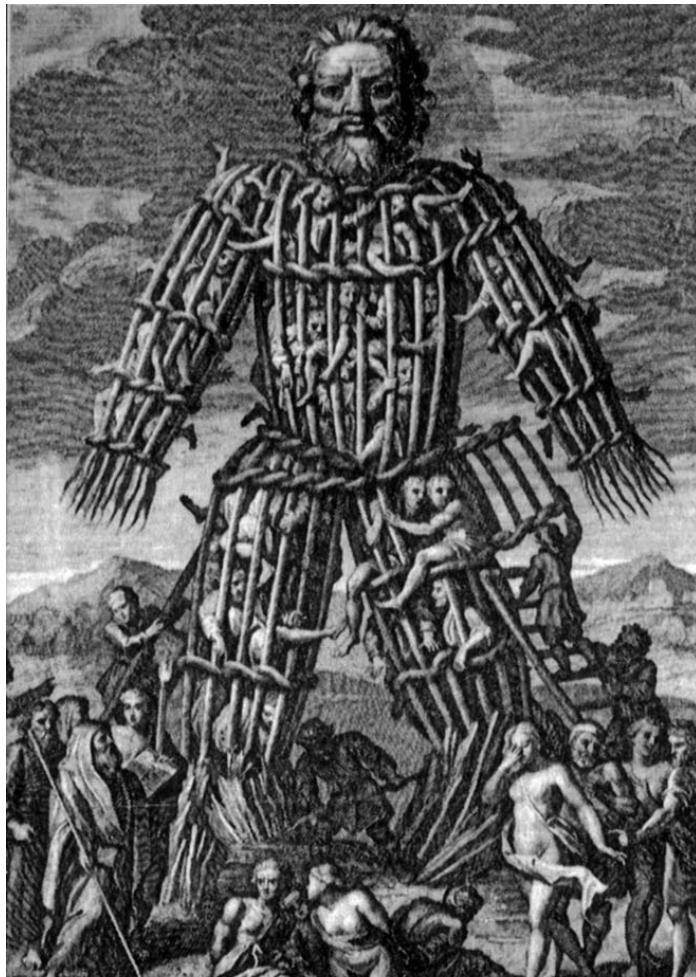
Im Folgenden berichtete El Masris Anwalt Manfred Gnjdic persönlich von den Ereignissen. Er kam unmittelbar aus den USA, wo er vor dem Appellationsgericht Virginia Klage eingereicht hatte. Zu dem Stichwort „rechtsfreie Räume“ sehe er eine parallele Entwicklung in Deutschland und Amerika. So

berufe sich die US-Regierung regelmäßig darauf, dass sie Informationen nicht geben dürfe, da es sich um Staatsgeheimnisse handele. Er ergänzte im Wesentlichen den Vortrag von Angelika Lex. So wies er etwa darauf hin, dass die Beamten der Polizei, die in dem Fall recherchierten, dieselben seien, die auch für Ermittlungen gegen Islamisten zuständig sind. Für ihn habe der Fall in der öffentlichen Diskussion, trotz der ausdrücklich gelobten guten Zusammenarbeit mit der Presse, noch nicht den Stellenwert, der ihm angesichts seines Ausmaßes an Völkerrechtswidrigkeit eigentlich zukommen müsse.

Anschließend berichtete Rechtsanwalt Thilo Pfordte von seiner Tätigkeit. Er vertritt seinerseits den Anwalt von El Masri in einem Prozess vor dem Bundesverfassungsgericht. Gegenstand sind die bereits erwähnten Abhöraktionen gegen Gnjdic. Wegen dieser sei der Fall für jeden Berufsgeheimnisträger, also eben Rechtsanwälte, aber z.B. auch Journalisten relevant.

Die Staatsanwaltschaft begründete ihre Maßnahmen mit §100 a S.2 der StPO. Nach §100a StPO können nicht nur Kommunikationsmittel von unmittelbar Verdächtigten, sondern auch von Dritten abgehört werden. Diese Regelung sei eigentlich vernünftig, da es üblich sei, sich Handys und dergleichen auszuleihen. Es könne keine Rolle spielen, ob der Täter Eigentümer des von ihm verwendeten Gerätes sei. Allerdings sei diese Regelung ursprünglich nur auf das „Lager des Beschuldigten“ anzuwenden. Eine Erweiterung biete eben Satz 2, der auch Abhörmaßnahmen gegen Angehörige des Opfers erlaube. Dies beruhe auf der speziellen Situation der Erpressung, in der damit zu rechnen ist, dass sich der Täter melde.

Die Staatsanwaltschaft begründete die Anwendbarkeit der Norm nun damit, dass Gnjdic aufgrund des Medienechoes Zentralgestalt der Affäre geworden ist, weswegen damit zu rechnen sei, dass sich die möglichen Täter bei ihm melden werden. Er sei zwar bereits während des Kalten Krieges anwaltlich mit diesem Bereich befasst gewesen, kenne jedoch weder



Staatskörper. Titelbild der Druckausgabe von Thomas Hobbes' *Leviathan* (1651). Das Bild bezieht sich auf eine Schilderung religiöser Gebräuche in der damals weithin bekannten Schrift „De bello Gallico“ von Julius Cäsar, der berichtet, die Gallier brächten ihren Göttern häufig Menschenopfer dar, wobei einige Stämme „simulacula“ von ungeheuerlicher Größe errichteten, deren aus Weidenruten zusammengeflochtene Glieder sie mit lebenden Menschen füllten, um diese zu verbrennen. Quelle: Michael Thimann, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21.5.2003

aus dieser Tätigkeit noch aus einem Agentenfilm ein Beispiel dafür, dass sich die Geheimdienste beim Anwalt ihres Opfers melden würden, so Pfordte.

Die Argumentation stelle einen Freifahrtschein für jegliche Abhörung von Anwälten dar, da diese in ihrer Tätigkeit zwangsläufig mit der gegnerischen Partei Kontakt aufnehmen müssten. Beachtenswert sei auch, dass die Staatsanwaltschaft sechs der abgehörten Gespräche als verfahrensrelevant eingestuft habe. Bei diesen handelt es sich neben einem Gespräch von Gnjidic mit seinem Mandanten El Masri ausschließlich um Kontakte zu Journalisten.

Abschließend ging Pfordte auf den Stand des aktuellen Verfahrens ein. Die Verfassungsbeschwerde zur Überprüfung der Maßnahme wurde im September eingeleitet. Sie ist mittlerweile dem bayerischen Justizministerium zur Stellungnahme weitergeleitet worden. Es ginge also vorwärts, jedoch lasse sich daraus noch nichts über die Erfolgsausichten entnehmen.

Nicolas Richter von der „Süddeutschen Zeitung“ erinnerte daran, dass der Fall El Masri nicht der einzige dieser Art sei. In diesem Zusammenhang sei auch der Fall des Bremer Kurnaz sowie eines in Syrien einsitzenden deutschen Staatsbürgers zu sehen. Auch ein Münchener ägyptischer Staatsbürger wurde in Bosnien verschleppt. Nach seiner Einschätzung sei zwar offensichtlich, dass die Regierungen der beteiligten Länder versuchen, systematisch zu vertuschen. Allerdings sei es eine Dramatisierung, von einer Einschüchterung der Presse zu reden. Der Staat wolle sich schützen, da Fehler gemacht wurden. Richter warnte davor,

die Betroffenen in gute und schlechte Opfer einzuteilen. So sei erkennbar, dass viele aufgrund der Herkunft der Opfer eine automatische Mitschuld annehmen.

In diesem Zusammenhang berichtete Gnjidic, dass El Masri vor 20 Jahren zwar mit einer Gruppe linker Islamisten und Nationalisten gegen die syrische Besatzung gekämpft hat, diese jedoch entgegen anders lautender Berichte in der Presse nicht mit einer aktuellen Gruppe vermeintlicher Fundamentalisten ähnlichen Namens zu tun hat.

In der anschließenden Diskussion wurde deutlich, dass die staatlichen Aktivitäten, wie sie in den Berichten, die hier nur sehr verknappt dargestellt werden, zum Ausdruck kamen, eine Mischung aus Unverständnis, Ungläubigkeit und Hilflosigkeit hervorrufen. So wurde Gnjidic direkt gefragt, ob er, als El Masri in seine Kanzlei kam, diesem eigentlich geglaubt hatte. Bezeichnenderweise verneinte er die Frage. Erst der Detailreichtum der Schilderung habe ihn zu einer erneuten Befragung veranlasst.

Ein Mitglied der Roten Hilfe berichtete, dass auch in banaleren Fällen vor Gericht Polizisten verstärkt anonym als Zeugen auftreten. Es bestehe die Gefahr, dass das Rechtsgut des Staatsschutzes alle anderen Rechtsgüter verdränge. In diesem Zusammenhang kam die Frage auf, wie es möglich sei, dass die Bevölkerung immer mehr Eingriffe in die Privatsphäre und andere rechtsstaatliche Positionen widerstandslos hinnehme.

Pfordte bestätigte diese Einschätzung eher. Zwar sei eine Novellierung der StPO geplant, die zumindest die Position von Rechtsanwälten stärke, aller-

dings sei ein Trend, dessen Beginn merkwürdigerweise im Jahr 1984 festzumachen sei, zu beobachten, dass gegenüber Grundrechtsverletzungen das Bewusstsein immer mehr abnehme. Ein Problem hierbei sei, dass die Technik der Rechtslage immer einen Schritt voraus ist. Allerdings habe er ein gutes Argument gegen den in Diskussionen über Datenschutz immer wieder zu hörenden Einwand, „man habe doch nichts zu verborgen“: Unter dieser Voraussetzung könnten auch alle nackt rumlaufen ...

jok
(entnommen aus: *Münchener Lokalberichte* Nr. 26/2006, 21.12.06)

In Memoriam Maurice Lenormand (1913-2006)



Am 9. September verstarb der neukaledonische Politiker und Ethnologe Maurice Lenormand in Sydney (Australien) im Alter von 93 Jahren. Lenormand wurde 1913 im französischen Mâcon geboren. Im Zuge seines Militärdiensts kam er nach Neukaledonien und heiratete dort die Kanakin Simone Wapata Sootr von der Insel Lifou (Drehu).

Von Beruf Apotheker, war er zunächst in Nouméa gewerblich tätig, begann dann aber bald in der lokalen Politik aktiv zu werden. Er kritisierte die dominierende Geschäftselite alteingesessener französischer Siedler in Nouméa und wurde zum Sprecher sowohl der marginalisierten Kanaken als auch der ärmeren unterprivilegierten Siedler. 1951 wurde er zum Abgeordneten Neukaledoniens in der französischen Nationalversammlung gewählt, einen Posten, den er mehr als zehn Jahre lang innehatte.

Im gleichen Jahr gründete er die Partei Union Calédonienne (UC), die mit der Devise „deux couleurs, un seul peuple“ (Zwei Hautfarben, ein einziges Volk) für die Gleichberechtigung der Kanaken und nichtweißen Minderheiten, für Sozialreformen und für die Autonomie des Territoriums innerhalb der französischen Republik eintrat. Die UC wurde schnell zur dominierenden Partei in der lokalen Territorialversammlung. Im Zuge einer Liberalisierung der französischen Kolonialpolitik erließ Paris 1956 ein Rahmengesetz zur Selbstverwaltung der Überseegebiete, und im Zuge dessen wurde Lenormand 1957 zum Ministerpräsidenten der

In einem Veranstaltungshinweis des Republikanischen Anwältinnen- und Anwältevereins e.V. (RAV) heißt es auf der Homepage des RAV (www-rav.de) dazu:

„Am 23. Januar 2004 wurde der deutsche Staatsangehörige Khaled el Masri im mazedonischen Skopje von CIA-Agenten entführt und nach Kabul geflogen. Dort wurde er fünf Monate lang festgehalten, misshandelt und verhört.

Bereits am 31.05.2004 wurde der ehemalige Bundesinnenminister Schily vom damaligen US-Botschafter Daniel Coats vertraulich über die Verschleppung informiert. Ein Ermittlungsverfahren gegen Unbekannt wurde eingeleitet. Zuständig ist die politische Abteilung der Staatsanwaltschaft München I. Erst im Juni 2005 fand die Staatsanwaltschaft Zeit, ein Rechtshilfeersuchen an die USA zu richten – eine Antwort darauf erhielt sie nicht.

Obwohl die spanischen Behörden

bereits im Frühjahr 2005 eine Liste mit 13 Namen der Entführer ermittelt hatten, wurden Haftbefehle durch die Staatsanwaltschaft München I bis heute nicht erwirkt.

Die Staatsanwaltschaft fand allerdings Zeit, einen Beschluss beim Amtsgericht München zu erwirken, um die Telefone von Rechtsanwalt Gnjidic abzuhören. Die Überprüfung der Überwachungsmaßnahmen erfolgt derzeit durch das Bundesverfassungsgericht.

Da offenbar weder die politisch Verantwortlichen noch die Staatsanwaltschaft gewillt sind, Licht ins Dunkel zu bringen, kommt der Presse bei der Aufklärung des Entführungsfalls und der Verstrickung deutscher Behörden in illegale Geheimdienstaktionen eminent große Bedeutung zu.

Als Beitrag zur Aufklärung veranstaltet die Initiative Bayerischer Strafverteidigerinnen und Strafverteidiger eine Podiumsdiskussion.“

•

autonomen Territorialregierung Neukaledoniens. Da seine Regierung die Macht der Elite bedrohte, machte sich Lenormand diese nun erst recht zum Feind und hatte unter scharfen Anfeindungen seiner Gegner zu leiden. 1959 schränkte die neue französische Rechtsregierung unter De Gaulle die Autonomie Neukaledoniens wieder ein. Lenormand trat als Ministerpräsident zurück, blieb aber Abgeordneter in Paris; den Posten des lokalen Regierungschefs übernahmen seine kanakischen Partikollegen Michel Kauma (1959-62) und Roch Pidjot (1962-63). 1962 verübten Unbekannte einen Bombenanschlag auf das Büro der Parteizeitung der UC, woraufhin Lenormand beschuldigt wurde, die Bombe selbst gelegt zu haben. Er wurde der Mittäterschaft angeklagt, zu einer Bewährungsstrafe verurteilt und verlor damit seinen Abgeordnetenposten und seine Bürgerrechte.

1963 wurde die Autonomie vollständig suspendiert und der Posten des Ministerpräsidenten abgeschafft. Diese Vorgänge im Rahmen von De Gaulles repressiver Kolonialpolitik weisen deutliche Parallelen zu ähnlichen Vorkommnissen in Tahiti auf, dessen Abgeordneten und Ministerpräsident Pouvanaa a

Oopa ebenfalls eines Verbrechens beschuldigt und politisch kaltgestellt wurde. In den folgenden Jahren blieb Lenormand weiterhin im Hintergrund in der Politik aktiv. Die UC radikalierte sich währenddessen unter der

Führung jüngerer kanakischer Politiker und sprach sich 1977 erstmals klar für die Unabhängigkeit Neukaledoniens aus. Im Zuge der Wiederherstellung der Autonomie wurde Lenormand 1978-1979 erneut für einige Monate Ministerpräsident, seine Regierung wurde dann allerdings erneut suspendiert und durch eine Koalition profranzösischer Kräfte ersetzt. In die Opposition gezwungen, wurde die UC in den folgenden Jahren unter dem neuen Parteivorsitzenden Jean-Marie Tjibaou zur zentralen Kraft innerhalb der Unabhängigkeitsbewegung und stellt bis heute die größte Komponente der Kanakischen Sozialistischen Nationalen Befreiungsfront (FLNKS).

Lenormand zog sich in der Folge aus der aktiven Politik zurück, wenngleich er weiterhin der UC treu blieb. In den 80er und 90er Jahren widmete er sich der Wissenschaft und studierte die Sprache und Kultur der Heimatinsel

seiner Frau. 1998 erhielt er im Alter von 85 die Doktorwürde und publizierte das erste Wörterbuch der Drehu-Sprache, mit mehr als 13.000 Einträgen.

Maurice Lenormand war ohne Zweifel eine bedeutende Figur in der Geschichte Neukaledoniens.

Ähnlich wie sein 1989 ermordeter Nachfolger an der Spitze der UC, Jean-Marie Tjibaou, hätte Lenormand das Potential dazu gehabt, ein bedeutender pazifischer Staatsmann zu werden, wurde aber durch den Lauf der Geschichte daran gehindert, dieses Potential auszuschöpfen. Als Abgeordneter und lokaler Regierungschef war er einerseits ein Visionär, der von einer gleichberechtigten multiethnischen Gesellschaft träumte, andererseits auch ein Realist, dem radikale revolutionäre Gedanken zuwider waren, ein Mann des Kompromisses und der Besonnenheit. Die hartnäckige Weigerung des rassistischen und elitären Siedlerestablishments, diese Politik zu akzeptieren, und deren Sabotage von Lenormands Politik unter Mithilfe der französischen Regierung, führten zu einer Polarisierung der neukaledonischen Gesellschaft, die schließlich in die gewalttamen Unruhen der 1980er Jahre mündete, die im Kern bis heute nicht überwunden ist.

Lorenz Gonschor, Honolulu, Hawaii

Quellen: Tahiti-Pacificque,
http://www.slua.nc/article.php3?id_article=85
 Syndicat SLUA, <http://www.worldstatesmen.org>, Stephen Henningham: France and the South Pacific. University of Hawaii Press. Honolulu 1992

entnommen aus: „Rundbrief November 2006 des Pazifik-Netzwerkes“, gefunden unter: <http://www.pazifik-infostelle.org/>



Auf der Beerdigung

Kuriositäten-Kaleidoskop

Dass die Fortsetzung der „Randnotizen“ zur DDR-Diplomatie geboten war, ist jetzt bestätigt worden. Der Verband für Internationale Politik und Völkerrecht e.V. hat jetzt den Band 2 herausgebracht. Arne C. Seifert hat weiter aufgesammelt und aufbereitet, was seine ehemaligen Kollegen alles so auf dem diplomatischen Parkett erlebt und erfahren haben. In diesem Band wurde vor allem Schwerpunkt auf die politischen Nuancen diplomatischer Kuriositäten gelegt. Aber auch viel kuriose Kleinigkeiten kommen zur Sprache.

So berichtet Günter Fritsch u.a. über seine Akkreditierung im September 1973 im Wald von Madina do Boe von Guinea und den Kapverden. Mit Hubschraubern wurden er und andere Diplomaten aus dem benachbarten Conakry nach Boke gebracht, dann mit Geländefahrzeugen in eine kurz zuvor ge-

schaffene Schneise in den afrikanischen Busch gefahren. Übernachtet wurde in Ermangelung von Hotels in Rundhütten aus Zweigen und Blättern. Wasser zum Waschen und Rasieren wurde aus alten Benzinfässern gereicht. Eine Lehmhütte war der Amtssitz des Präsidenten Luis Cabral. Hier wurde schließlich das Beglaubigungsschreiben überreicht. Fritsch war wohl der einzige Botschafter der DDR, dessen Akkreditierung in einer einfachen afrikanischen Lehmhütte erfolgte.

Kurt Merkel weiß von einem Fauxpas des indonesischen Präsidenten Ahmed Sukarno zu berichten. Der hatte für seinen Palast eine größere Zahl von Teppichen der DDR-Firma VEB Halbmond bestellt. Die Lieferung verzögerte sich. Voller Zorn darüber drohte er bei einem Empfang für das Diplomatische Corps dem Generalkonsul Gustav Hertzfeld mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen. Hertzfeld entgegnete ihm: „Herr Präsident, das können Sie nicht tun. Sie müssten zuerst diplomatische Beziehungen herstellen.“

In einem Gespräch mit dem langjährigen Leiter der Ständigen Vertretung der BRD in Berlin, Dr. Otto Bräutigam, erfuhr Karl Seidel eine hübsche Geschichte. Das Bonner AA habe seinerseits an die BRD-Botschaften die Weisung herausgegeben, bei Sportveranstaltungen mit DDR-Beteiligung im jeweiligen Gastland das Hissen der DDR-Fahne zu verhindern. Ein Botschafter berichtete pflichtgetreu nach Hause, dass die DDR-Fahne dennoch gehisst wurde. Sie sei aber gar nicht wahrgekommen worden. „Da kein Wind wehte, hing sie nur schlaff am Mast“.

In diesem zweiten Band der Kuriositäten aus der DDR-Diplomatie haben diesmal 29 Autoren auf 118 Seiten mit spürbarem Vergnügen an viele Begebenheiten erinnert. Er enthält aber auch Beiträge, die in einem solchen kuriosen Konglomerat nichts zu suchen haben. Warum Seifert den Text seiner Abschiedsrede als Sprecher des VIP im Außenministerium der DDR vom 29. September 1990 untergebracht hat, bleibt sein Geheimnis. Der Grund kann nur darin bestehen, dass er sie heute als eine ausgesprochene „Kuriosität“ betrachtet. Wenn Otto Pfeiffer, der Präsident des VIP, in seinem Vorwort betont, dass alle Geschichten ein untrennbarer Bestandteil der Lebenserfahrungen der DDR-Diplomaten darstellen, dann kann man dem wohl zustimmen.

Franz-Karl Hitze

Arne C. Seifert (Hrsg.): „Hinter vorgehaltener Hand – Kurioses aus der DDR-Diplomatie“ – Band 2 – / „Blaue Reihe“, Heft 11, Eigenverlag des Verbandes für Internationale Politik und Völkerrecht e.V., Berlin 2006. Wilhelmstr. 50, 10117 Berlin, 3 Euro + Porto, Internet: www.vip-ev.de, Mail: Vorstand-VIP@aol.com

Dienstag, 23. Januar, 30. Januar, 6. Februar und 13. Februar.

Hamburg. Wie sozial ist die Hafen-City? Im Januar und Februar wird die im November 2006 begonnene dritte Staffel der erfolgreichen Themenreihe des Rosa-Luxemburg-Bildungswerkes zur „Wachsenden Stadt“ Hamburg fortgesetzt. Prof. Timm Kunstreich und Dr. Thomas Fenner stellen zwei Aspekte des Lebens in der wachsenden Stadt vor, die in der Leitbildkonzeption des Senats wenig Beachtung finden: die Situation von Kindern und Jugendlichen sowie die Frage der Umweltbelastungen. Oliver Johannes Haas stellt das Projekt Sozialer Masterplan HafenCity vor. Die Reihe wird durch eine Diskussion über unterschiedliche Stadtentwicklungskonzeptionen für Hamburg abgeschlossen. Im Frühjahr erscheint ein zweiter Dokumentenband mit ausgewählten Vorträgen.

23.1.: Wie sozial ist die Hafen-City? Oliver Johannes Haas, Diplom-Sozialwirt, Institut.was. **30.1.: Kinder- und Jugendhilfepolitik in der Wachsenden Stadt,** Prof. Dr. Timm Kunstreich, Evangelische Fachhochschule für Sozialpädagogik Hamburg.

6.2.: Umweltbelastung in der Wachsenden Stadt: Was ist messbar, was ist therapierbar? Dr. med. Thomas Fenner, Facharzt für Mikrobiologie, Infektionsepidemiologie sowie Laboratoriumsmedizin, Umweltausschuß der HH Ärztekammer. **13.2. Kreativ, menschlich, wachsend und / oder sozial? – Stadtentwicklungskonzepte für Hamburg in der Diskussion.** Diskussionsrunde mit Menschen aus GAL, SPD, CDU und Linkspartei.PDS. Jeweils Dienstag, 19 h, Universität Hamburg, Von-Melle-Park 9 / Raum S 7 / (Erdgeschoß).

Freitag, 26. Januar/Samstag 27. Januar. Berlin. Ein weites Feld: Die Linke und Bourdieu. Aus Anlass des 5. Todestages von Pierre Bourdieu ehrt die Rosa-Luxemburg-Stiftung den linken Denker mit einem zweitägigen deutsch-französischen Kolloquium. Pierre Bourdieu (1930-2002), einer der wichtigsten Vertreter der modernen Sozialwissenschaften, hat mit seinem umfangreichen Ouvre Wissenschaftsgeschichte geschrieben: Wesentliche Begriffe, wie das Feld, der Habitus oder auch die symbolische Macht sind durch ihn um- oder neugeprägt worden. Gegen Ende seines Lebens trat Bourdieu mehr und mehr als engagierter Intellektueller auf, unterstützte mit Wort und Tat linke soziale Bewegungen. Beginn Freitag, 26.1., 14

Der Beitritt der Türkei zur
Europäischen Union
aus der kurdischen Perspektive
Eine empirische Untersuchung

Sebahattin Topçuoğlu

schätzen sie jedoch als vollkommen unzureichend ein. Deutlich wird bei dieser Befragung aber auch, dass die EU kein eigenes Konzept für die kurdische Frage in der EU hat. Mit einem Vorwort von Prof. Dr. Norman Paech. – Das Buch kann ab sofort bestellt werden bei: GNN-Verlag Hamburg, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, gnn-hhsh@hansenet.de

Preis: 12 Euro, ISBN 3-938372-06-0

Uhr. Kontakt: Dr. Effi Böhlke, boehlke@rosalux.de, Prof. Dr. Rainer Rilling, rilling@rosalux.de.

17. Februar, Fulda. Arbeitsausschuss Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften. Beginn 11.15 Uhr

31. März / 1. April. Frankfurt. Jahrestagung Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften.

30. September bis 6. Oktober. Leipzig. Bundeskongress der Gewerkschaft Verdi.

4. bis 10. November. Leipzig. 21. ord. Gewerkschaftstag IG Metall.

Vorschau auf Wahlen

Jahr	Monat	Wo?	Was?	Termin	Wahlperiode
2007	Mai	Bremen	Land/Kom.	13.5.	4 Jahre
	Mai	Bremerhaven	Kommunal	13.5.	4 Jahre
2008	Januar	Hessen	Landtag	27.1.	5 Jahre
	Januar	Niedersachsen	Landtag	27.1.	5 Jahre
	Frühj.	Hamburg	Land/Kom.		4 Jahre
	Frühj.	Bayern	Kommunal		6 Jahre
	Frühj.	Schleswig-Holstein	Kommunal		5 Jahre
	Herbst	Bayern	Landtag		5 Jahre
	Herbst	Brandenburg	Kommunal		5 Jahre

**TOPTHEMA
IM NEUEN
HEFT**

WUTT
BAYER-KollegInnen wehren sich.

STICHWORT
BAYER

Widerstand gegen Konzernmacht.
Konkret, spannend, international.

Postfach 15 04 18 40081 Düsseldorf
Fon 02 11 - 33 39 11 Fax 02 11 - 33 39 40
e-mail: CBGnetwork@aol.com www.CBGnetwork.org

KOSTENLOSES PROBEHEFT BESTELLEN, JETZT...